



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

---

*Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres*

---

**2009/0165(COD)**

24.1.2011

# **ÄNDERUNGSANTRÄGE 54 - 286**

**Entwurf eines Berichts**  
**Sylvie Guillaume**  
(PE452..774v01-00)

über Mindestnormen für Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Zuerkennung  
und Aberkennung des internationalen Schutzstatus (Neufassung)

Vorschlag für eine Richtlinie  
(KOM(2009)0554 – C7-0248/2009 – 2009/0165(COD))

AM\853403DE.doc

PE456.698v01-00

**DE**

*In Vielfalt geeint*

**DE**

AM\_Com\_LegReport

**Änderungsantrag 54**  
**Georgios Papanikolaou**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 8**

*Vorschlag der Kommission*

(8) Die Bemühungen der Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit der Umsetzung der für die zweite Phase des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems vorgegebenen Schutzstandards, insbesondere die Bemühungen der Mitgliedstaaten, deren Asylsystem vor allem aufgrund ihrer geografischen oder demografischen Lage einem besonderen und unverhältnismäßigen Druck ausgesetzt ist, **sollten** mit Mitteln des Europäischen Flüchtlingsfonds und des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen in geeigneter Weise *unterstützt werden*.

*Geänderter Text*

(8) Die Mittel des Europäischen Flüchtlingsfonds und des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen **müssen unter anderem auch mobilisiert werden, um** in geeigneter Weise die Bemühungen der Mitgliedstaaten **um** Umsetzung der für die zweite Phase des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems vorgegebenen Schutzstandards *zu unterstützen, sowie* insbesondere die Bemühungen *jener* Mitgliedstaaten, deren Asylsystem vor allem aufgrund ihrer geografischen oder demografischen Lage einem besonderen und unverhältnismäßigen Druck ausgesetzt ist. **In Mitgliedstaaten, die eine im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung überproportional hohe Anzahl von Asylanträgen bewilligen, müssen finanzielle Unterstützung sowie administrativer und technischer Beistand unmittelbar über den Europäischen Flüchtlingsfonds und das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen mobilisiert werden, um sie in die Lage zu versetzen, den Vorschriften dieser Richtlinie zu entsprechen.**

Or. el

**Änderungsantrag 55**  
**Daniël van der Stoep**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 10**

*Vorschlag der Kommission*

(10) Hauptziel dieser Richtlinie ist **im Hinblick auf die Einführung eines gemeinsamen Asylverfahrens in der Gemeinschaft** die Weiterentwicklung der Mindestnormen für die Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzstatus.

*Geänderter Text*

(10) Hauptziel dieser Richtlinie ist die Weiterentwicklung der Mindestnormen für die Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzstatus.

Or. nl

**Änderungsantrag 56**  
**Kyriacos Triantaphyllides, Cornelis de Jong, Rui Tavares, Cornelia Ernst, Marie-Christine Vergiat**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 13**

*Vorschlag der Kommission*

(13) Diese Richtlinie steht im Einklang mit den Grundrechten und Grundsätzen, die insbesondere mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannt wurden. Sie zielt insbesondere darauf ab, die Anwendung der Artikel 1, 18, 19, 21, 24 und 47 der Charta zu fördern, und muss entsprechend umgesetzt werden.

*Geänderter Text*

(13) Diese Richtlinie steht im Einklang mit den Grundrechten und Grundsätzen, die insbesondere mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union anerkannt wurden. Sie zielt insbesondere darauf ab, die Anwendung der Artikel 1, 4, 18, 19, 21, 24 und 47 der Charta zu fördern, und muss entsprechend umgesetzt werden.

Or. en

**Änderungsantrag 57**  
**Sophia in 't Veld**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

## Erwägung 14 a (neu)

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(14a) Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, den Grundsatz der Nichtzurückweisung und das Recht auf Asyl uneingeschränkt einzuhalten, wozu auch der Zugang zu einem Asylverfahren für jeden gehört, der Asyl beantragen will und in ihre Gerichtsbarkeit fällt, einschließlich derjenigen unter der effektiven Kontrolle einer Einrichtung der EU oder eines Mitgliedstaats.***

Or. en

## Änderungsantrag 58

**Anna Maria Corazza Bildt, Véronique Mathieu, Mariya Nedelcheva, Simon Busuttil**

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Erwägung 15

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(15) Es ist von entscheidender Bedeutung, dass sämtliche Entscheidungen über Anträge auf internationalen Schutz auf der Grundlage von Tatsachen ergehen und erstinstanzlich von Behörden getroffen werden, deren Bedienstete angemessene Kenntnisse in Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten haben **oder** die hierzu erforderliche Schulung erhalten.

(15) Es ist von entscheidender Bedeutung, dass sämtliche Entscheidungen über Anträge auf internationalen Schutz auf der Grundlage von Tatsachen ergehen und erstinstanzlich von Behörden getroffen werden, deren Bedienstete angemessene Kenntnisse in Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten haben **und** die hierzu erforderliche Schulung erhalten.

Or. en

## Änderungsantrag 59

**Mario Borghezio**

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Erwägung 18

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

(18) Im Interesse einer ordnungsgemäßen Feststellung der Personen, die Schutz als

(18) Im Interesse einer ordnungsgemäßen Feststellung der Personen, die Schutz als

Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 der Genfer Flüchtlingskonvention oder als Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz benötigen, sollte jeder Antragsteller effektiven Zugang zum Asylverfahren und die Gelegenheit zur Zusammenarbeit und zum Austausch mit den zuständigen Behörden erhalten, um ihnen den ihn betreffenden Sachverhalt verständlich darlegen zu können; ferner sollten ausreichende Garantien bestehen, damit er sein Verfahren über sämtliche Instanzen betreiben kann. Außerdem sollte das Verfahren zur Prüfung eines Antrags dem Antragsteller in der Regel zumindest das Recht auf Verbleib bis zur Entscheidung der Asylbehörde einräumen sowie das Recht auf Beiziehung eines Dolmetschers zur Darlegung des Falls bei Anhörung durch die Behörden, die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit einem Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und mit Organisationen, die Antragstellern Rechtsberatung oder sonstige Beratungsleistungen anbieten, das Recht auf eine in geeigneter Weise mitgeteilte sowie sachlich und rechtlich begründete Entscheidung, die Möglichkeit zur Hinzuziehung eines Rechtsanwalts oder sonstigen Rechtsberaters, das Recht des Antragstellers, in entscheidenden Verfahrensabschnitten in einer Sprache, **von der angenommen werden darf, dass er sie versteht**, über seine Rechtsstellung informiert zu werden, sowie im Fall einer ablehnenden Entscheidung das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf vor einem Gericht.

Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 der Genfer Flüchtlingskonvention oder als Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz benötigen, sollte jeder Antragsteller effektiven Zugang zum Asylverfahren und die Gelegenheit zur Zusammenarbeit und zum Austausch mit den zuständigen Behörden erhalten, um ihnen den ihn betreffenden Sachverhalt verständlich darlegen zu können; ferner sollten ausreichende Garantien bestehen, damit er sein Verfahren über sämtliche Instanzen betreiben kann. Außerdem sollte das Verfahren zur Prüfung eines Antrags dem Antragsteller in der Regel zumindest das Recht auf Verbleib bis zur Entscheidung der Asylbehörde einräumen sowie das Recht auf Beiziehung eines Dolmetschers zur Darlegung des Falls bei Anhörung durch die Behörden, die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit einem Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und mit Organisationen, die Antragstellern Rechtsberatung oder sonstige Beratungsleistungen anbieten, das Recht auf eine in geeigneter Weise mitgeteilte sowie sachlich und rechtlich begründete Entscheidung, die Möglichkeit zur Hinzuziehung eines Rechtsanwalts oder sonstigen Rechtsberaters, das Recht des Antragstellers, in entscheidenden Verfahrensabschnitten in einer **ihm verständlichen** Sprache über seine Rechtsstellung informiert zu werden, sowie im Fall einer ablehnenden Entscheidung das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf vor einem Gericht.

Or. it

**Änderungsantrag 60**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 18**

(18) Im Interesse einer ordnungsgemäßen Feststellung der Personen, die Schutz als Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 der Genfer Flüchtlingskonvention oder als Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz benötigen, sollte jeder Antragsteller effektiven Zugang zum Asylverfahren und die Gelegenheit zur Zusammenarbeit und zum Austausch mit den zuständigen Behörden erhalten, um ihnen den ihn betreffenden Sachverhalt verständlich darlegen zu können; ferner sollten **ausreichende** Garantien bestehen, damit er sein Verfahren über sämtliche Instanzen betreiben kann. Außerdem **sollte** das Verfahren zur Prüfung eines Antrags dem Antragsteller in der Regel zumindest das Recht auf Verbleib bis zur Entscheidung der Asylbehörde einräumen sowie das Recht auf Beiziehung eines Dolmetschers zur Darlegung des Falls bei Anhörung durch die Behörden, die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit einem Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und mit Organisationen, die Antragstellern Rechtsberatung oder sonstige Beratungsleistungen anbieten, das Recht auf eine in geeigneter Weise mitgeteilte sowie sachlich und rechtlich begründete Entscheidung, die Möglichkeit zur Hinzuziehung eines Rechtsanwalts oder sonstigen Rechtsberaters, das Recht des Antragstellers, in entscheidenden Verfahrensabschnitten in einer Sprache, von der angenommen werden darf, dass er sie versteht, über seine Rechtsstellung informiert zu werden, sowie im Fall einer ablehnenden Entscheidung das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf vor einem Gericht.

(18) Im Interesse einer ordnungsgemäßen Feststellung der Personen, die Schutz als Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 der Genfer Flüchtlingskonvention oder als Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz benötigen, sollte jeder Antragsteller effektiven Zugang zum Asylverfahren und die Gelegenheit zur Zusammenarbeit und zum Austausch mit den zuständigen Behörden erhalten, um ihnen den ihn betreffenden Sachverhalt verständlich darlegen zu können; ferner sollten **wirksame** Garantien bestehen, damit er sein Verfahren über sämtliche Instanzen betreiben kann. Außerdem **muss** das Verfahren zur Prüfung eines Antrags dem Antragsteller in der Regel zumindest das Recht auf Verbleib bis zur Entscheidung der Asylbehörde einräumen **und im Falle einer ablehnenden Entscheidung die Zeit, die für die Einlegung eines Rechtsbehelfs erforderlich ist**, sowie das Recht auf Beiziehung eines Dolmetschers zur Darlegung des Falls bei Anhörung durch die Behörden, die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit einem Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und mit Organisationen, die Antragstellern Rechtsberatung oder sonstige Beratungsleistungen anbieten, das Recht auf eine in geeigneter Weise mitgeteilte sowie sachlich und rechtlich begründete Entscheidung, die Möglichkeit zur Hinzuziehung eines Rechtsanwalts oder sonstigen Rechtsberaters, das Recht des Antragstellers, in entscheidenden Verfahrensabschnitten in einer Sprache, von der angenommen werden darf, dass er sie versteht, über seine Rechtsstellung informiert zu werden, sowie im Fall einer ablehnenden Entscheidung das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf vor einem Gericht.

## Änderungsantrag 61 Sophia in 't Veld

### Vorschlag für eine Richtlinie Erwägung 18

#### *Vorschlag der Kommission*

(18) Im Interesse einer ordnungsgemäßen Feststellung der Personen, die Schutz als Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 der Genfer Flüchtlingskonvention oder als Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz benötigen, sollte jeder Antragsteller effektiven Zugang zum Asylverfahren und die Gelegenheit zur Zusammenarbeit und zum Austausch mit den zuständigen Behörden erhalten, um ihnen den ihn betreffenden Sachverhalt verständlich darlegen zu können; ferner sollten ausreichende Garantien bestehen, damit er sein Verfahren über sämtliche Instanzen betreiben kann. Außerdem sollte das Verfahren zur Prüfung eines Antrags dem Antragsteller in der Regel zumindest das Recht auf Verbleib bis zur Entscheidung der Asylbehörde einräumen sowie das Recht auf Beiziehung eines Dolmetschers zur Darlegung des Falls bei Anhörung durch die Behörden, die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit einem Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und mit Organisationen, die Antragstellern Rechtsberatung oder sonstige Beratungsleistungen anbieten, das Recht auf eine in geeigneter Weise mitgeteilte sowie sachlich und rechtlich begründete Entscheidung, die Möglichkeit zur Hinzuziehung eines Rechtsanwalts oder sonstigen Rechtsberaters, das Recht des Antragstellers, in entscheidenden Verfahrensabschnitten in einer Sprache, von der angenommen werden darf, dass er sie versteht, über seine Rechtsstellung

#### *Geänderter Text*

(18) Im Interesse einer ordnungsgemäßen Feststellung der Personen, die Schutz als Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 der Genfer Flüchtlingskonvention oder als Personen mit Anspruch auf subsidiären Schutz benötigen, sollte jeder Antragsteller effektiven Zugang zum Asylverfahren und die Gelegenheit zur Zusammenarbeit und zum Austausch mit den zuständigen Behörden erhalten, um ihnen den ihn betreffenden Sachverhalt verständlich darlegen zu können; ferner sollten ausreichende Garantien bestehen, damit er sein Verfahren über sämtliche Instanzen betreiben kann. Außerdem sollte das Verfahren zur Prüfung eines Antrags dem Antragsteller in der Regel zumindest das Recht auf Verbleib bis zur **rechtskräftigen** Entscheidung der Asylbehörde einräumen, **einschließlich in Fällen, in denen ein Antragsteller einen Rechtsbehelf einlegt, und sofern ein zuständiges Gericht nichts Gegenteiliges entscheidet**, sowie das Recht auf Beiziehung eines Dolmetschers zur Darlegung des Falls bei Anhörung durch die Behörden, die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme mit einem Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und mit Organisationen, die Antragstellern Rechtsberatung oder sonstige Beratungsleistungen anbieten, das Recht auf eine in geeigneter Weise mitgeteilte sowie sachlich und rechtlich begründete Entscheidung, die Möglichkeit zur Hinzuziehung eines Rechtsanwalts oder sonstigen Rechtsberaters, das Recht des



informiert zu werden, sowie im Fall einer ablehnenden Entscheidung das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf vor einem Gericht.

Antragstellers, in entscheidenden Verfahrensabschnitten in einer Sprache, die er versteht, über seine Rechtsstellung informiert zu werden, sowie im Fall einer ablehnenden Entscheidung das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf vor einem Gericht.

Or. en

## **Änderungsantrag 62** **Monika Hohlmeier**

### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Erwägung 20**

#### *Vorschlag der Kommission*

(20) Darüber hinaus sollten **besondere Verfahrensgarantien für schutzbedürftige Antragsteller** wie **Minderjährige, unbegleitete Minderjährige**, Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen von Gewalt erlitten haben, oder **Behinderte vorgesehen** werden, um die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie das Verfahren effektiv in Anspruch nehmen und die zur Begründung ihres Antrags auf internationalen Schutz erforderlichen Angaben machen können.

#### *Geänderter Text*

(20) Darüber hinaus sollten **die besonderen Bedürfnisse von schutzbedürftigen Antragstellern** wie **Minderjährigen, unbegleiteten Minderjährigen**, Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen von Gewalt erlitten haben, oder **Behinderten besonders berücksichtigt** werden, um die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie das Verfahren effektiv in Anspruch nehmen und die zur Begründung ihres Antrags auf internationalen Schutz erforderlichen Angaben machen können.

Or. de

#### *Begründung*

*Die Behörden sollten verpflichtet sein, sicherzustellen, dass besonders schutzbedürftige Antragsteller das Verfahren effektiv betreiben können und in ihrer besonderen Situation berücksichtigt werden. Gleichzeitig dürfen damit keine neuen Verfahrenshindernisse und Möglichkeiten zum Missbrauch entstehen, um entsprechend dem Ziel der Neufassung, das Verfahren möglichst effektiv und kurz zu halten.*

## **Änderungsantrag 63** **Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 20**

*Vorschlag der Kommission*

(20) Darüber hinaus sollten besondere Verfahrensgarantien für schutzbedürftige Antragsteller wie Minderjährige, unbegleitete Minderjährige, Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen von Gewalt erlitten haben, oder Behinderte vorgesehen werden, um die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie das Verfahren effektiv in Anspruch nehmen und die zur Begründung ihres Antrags auf internationalen Schutz erforderlichen Angaben machen können.

*Geänderter Text*

(20) Darüber hinaus sollten besondere Verfahrensgarantien für schutzbedürftige Antragsteller wie Minderjährige, unbegleitete Minderjährige, **Schwangere** Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen von Gewalt erlitten haben, oder Behinderte vorgesehen werden, um die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie das Verfahren effektiv in Anspruch nehmen und die zur Begründung ihres Antrags auf internationalen Schutz erforderlichen Angaben machen können.

Or. en

**Änderungsantrag 64**  
**Sylvie Guillaume**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 20**

*Vorschlag der Kommission*

(20) Darüber hinaus sollten besondere Verfahrensgarantien für schutzbedürftige Antragsteller wie Minderjährige, unbegleitete Minderjährige, Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen von Gewalt erlitten haben, oder Behinderte vorgesehen werden, um die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie das Verfahren effektiv in Anspruch nehmen und die zur Begründung ihres Antrags auf internationalen Schutz erforderlichen Angaben machen können.

*Geänderter Text*

(20) Darüber hinaus sollten besondere Verfahrensgarantien für schutzbedürftige Antragsteller wie Minderjährige, unbegleitete Minderjährige, Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen von Gewalt, **wie etwa geschlechtsspezifische Gewalt und grausame traditionelle Praktiken**, erlitten haben, oder Behinderte vorgesehen werden, um die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sie das Verfahren effektiv in Anspruch nehmen und die zur Begründung ihres Antrags auf internationalen Schutz erforderlichen Angaben machen können.

**Änderungsantrag 65**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 22**

*Vorschlag der Kommission*

(22) Die Prüfungsverfahren sollten geschlechtsspezifischen Anforderungen Rechnung tragen, um eine substantielle Gleichstellung weiblicher und männlicher Antragsteller zu gewährleisten. Persönliche Anhörungen sollten in einer Weise abgehalten werden, die es weiblichen und männlichen Antragstellern gleichermaßen ermöglicht, über ihre Erfahrungen in Fällen geschlechtsspezifischer Verfolgung zu sprechen. In Verfahren, in denen auf das Konzept des sicheren Drittstaats, das Konzept des sicheren Herkunftsstaats oder den Begriff des Folgeantrags abgestellt wird, sollte der Komplexität geschlechtsspezifisch begründeter Ansprüche angemessen Rechnung getragen werden.

*Geänderter Text*

(22) Die Prüfungsverfahren sollten geschlechtsspezifischen Anforderungen Rechnung tragen, um eine substantielle Gleichstellung weiblicher und männlicher Antragsteller zu gewährleisten. Persönliche Anhörungen sollten in einer Weise abgehalten werden, die es weiblichen und männlichen Antragstellern gleichermaßen ermöglicht, **auf Verlangen mit einer Person des gleichen Geschlechts, die für Anhörungen zu geschlechtsspezifischer Verfolgung besonders geschult ist**, über ihre Erfahrungen in Fällen geschlechtsspezifischer Verfolgung zu sprechen. In Verfahren, in denen auf das Konzept des sicheren Drittstaats, das Konzept des sicheren Herkunftsstaats oder den Begriff des Folgeantrags abgestellt wird, sollte der Komplexität geschlechtsspezifisch begründeter Ansprüche angemessen Rechnung getragen werden.

Or. en

**Änderungsantrag 66**  
**Alfredo Pallone, Clemente Mastella**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 22**

*Vorschlag der Kommission*

(22) Die Prüfungsverfahren sollten geschlechtsspezifischen Anforderungen Rechnung tragen, um eine substantielle

*Geänderter Text*

*Betrifft nicht die deutsche Fassung.*

Gleichstellung weiblicher und männlicher Antragsteller zu gewährleisten. Persönliche Anhörungen sollten in einer Weise abgehalten werden, die es weiblichen und männlichen Antragstellern gleichermaßen ermöglicht, über ihre Erfahrungen in Fällen geschlechtsspezifischer Verfolgung zu sprechen. In Verfahren, in denen auf das Konzept des sicheren Drittstaats, das Konzept des sicheren Herkunftsstaats oder den Begriff des Folgeantrags abgestellt wird, sollte der Komplexität geschlechtsspezifisch begründeter Ansprüche angemessen Rechnung getragen werden.

Or. it

*Begründung*

*Betrifft nicht die deutsche Fassung.*

**Änderungsantrag 67**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 24**

*Vorschlag der Kommission*

(24) Verfahren zur Prüfung des Bedürfnisses nach internationalem Schutz sollten so gestaltet sein, dass es den **zuständigen Behörden** möglich ist, Anträge auf internationalen Schutz eingehend zu prüfen.

*Geänderter Text*

(24) Verfahren zur Prüfung des Bedürfnisses nach internationalem Schutz sollten so gestaltet sein, dass es den **Asylbehörden** möglich ist, Anträge auf internationalen Schutz eingehend zu prüfen.

Or. en

**Änderungsantrag 68**  
**Mario Borghezio**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 25**

*Vorschlag der Kommission*

(25) Stellt der Antragsteller einen Folgeantrag, ohne neue Beweise oder Argumente vorzubringen, so wäre es unverhältnismäßig, die Mitgliedstaaten zur erneuten Durchführung des gesamten Prüfungsverfahrens zu verpflichten. In diesen Fällen **sollten** die Mitgliedstaaten im Einklang mit dem Grundsatz der Rechtskraft *einen Antrag* als unzulässig **abweisen können**.

*Geänderter Text*

(25) Stellt der Antragsteller einen Folgeantrag, ohne neue Beweise oder Argumente vorzubringen, so wäre es unverhältnismäßig, die Mitgliedstaaten zur erneuten Durchführung des gesamten Prüfungsverfahrens zu verpflichten. In diesen Fällen **weisen** die Mitgliedstaaten *den Antrag* im Einklang mit dem Grundsatz der Rechtskraft als unzulässig **ab**.

Or. it

**Änderungsantrag 69**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Erwägung 25**

*Vorschlag der Kommission*

(25) Stellt der Antragsteller einen Folgeantrag, ohne neue Beweise oder Argumente vorzubringen, so wäre es unverhältnismäßig, die **Mitgliedstaaten** zur erneuten Durchführung des gesamten Prüfungsverfahrens zu verpflichten. In diesen Fällen sollten die **Mitgliedstaaten** im Einklang mit dem Grundsatz der Rechtskraft einen Antrag als unzulässig abweisen können.

*Geänderter Text*

(25) Stellt der Antragsteller einen Folgeantrag, ohne neue Beweise oder Argumente vorzubringen, so wäre es unverhältnismäßig, die **Asylbehörden** zur erneuten Durchführung des gesamten Prüfungsverfahrens zu verpflichten. In diesen Fällen sollten die **Asylbehörden** im Einklang mit dem Grundsatz der Rechtskraft einen Antrag als unzulässig abweisen können.

Or. en

**Änderungsantrag 70**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Erwägung 26**

*Vorschlag der Kommission*

(26) Anträge auf internationalen Schutz

*Geänderter Text*

(26) Anträge auf internationalen Schutz

werden oftmals an der Grenze oder in Transitzonen gestellt, bevor eine Entscheidung über die Einreise des Antragstellers vorliegt. Die **Mitgliedstaaten** sollten Verfahren zur Prüfung der Zulässigkeit und/oder Begründetheit von Anträgen vorsehen können, um vor Ort über an der Grenze oder in Transitzonen gestellte Anträge entscheiden zu können.

werden oftmals an der Grenze oder in Transitzonen gestellt, bevor eine Entscheidung über die Einreise des Antragstellers vorliegt. Die **Asylbehörden** sollten Verfahren zur Prüfung der Zulässigkeit und/oder Begründetheit von Anträgen vorsehen können, um vor Ort über an der Grenze oder in Transitzonen gestellte Anträge entscheiden zu können.

Or. en

**Änderungsantrag 71**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 27**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(27) Ein entscheidendes Kriterium für die Begründetheit eines Antrags auf internationalen Schutz ist die Sicherheit des Antragstellers in seinem Herkunftsstaat. Kann ein Drittstaat als sicherer Herkunftsstaat betrachtet werden, so sollten die Mitgliedstaaten diesen als sicher bestimmen und von der Vermutung ausgehen können, dass dieser Staat für einen bestimmten Antragsteller sicher ist, sofern Letzterer keine Gegenargumente vorbringt.***

***entfällt***

Or. en

**Änderungsantrag 72**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/AL weichen in vielen Fällen Filmchen sich finden KernE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 28**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***(28) In Anbetracht des bei der***

***entfällt***

*Feststellung der Flüchtlingseigenschaft von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen erzielten Harmonisierungsniveaus sollten gemeinsame Kriterien für die Bestimmung von Drittstaaten als sichere Herkunftsstaaten festgelegt werden.*

Or. en

**Änderungsantrag 73**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Erwägung 29**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*(29) Die Bestimmung eines Drittstaates als sicherer Herkunftsstaat im Sinne dieser Richtlinie kann keine absolute Garantie für die Sicherheit von Staatsangehörigen dieses Landes bieten. Bei der dieser Bestimmung zugrunde liegenden Prüfung können naturgemäß nur die allgemeinen staatsbürgerlichen, rechtlichen und politischen Gegebenheiten in dem betreffenden Land sowie der Umstand berücksichtigt werden, ob Personen, die in dem betreffenden Land der Verfolgung, Folter oder unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung oder Bestrafung für schuldig befunden werden, auch tatsächlich bestraft werden. Daher ist es wichtig, dass ein als sicher eingestuftes Land für einen Antragsteller nicht länger als solches gelten kann, wenn dieser nachweist, dass es stichhaltige Gründe für die Annahme gibt, dass das betreffende Land für ihn in seiner besonderen Situation nicht sicher ist.*

*entfällt*

Or. en

**Änderungsantrag 74**

**Mario Borghezio**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Erwägung 30**

*Vorschlag der Kommission*

(30) Die Mitgliedstaaten sollten alle Anträge in der Sache prüfen, d. h. beurteilen, ob der betreffende Antragsteller gemäß der Richtlinie [...]/.../EG] [Anerkennungsrichtlinie] als Person mit Anspruch auf internationalen Schutz anerkannt werden kann, **sofern die vorliegende Richtlinie nichts anderes vorsieht, insbesondere dann, wenn aus gutem Grund davon ausgegangen werden kann, dass ein anderer Staat den Antrag prüfen oder für einen ausreichenden Schutz sorgen würde.** Die Mitgliedstaaten **sollten** insbesondere **nicht** verpflichtet **sein**, einen Antrag auf internationalen Schutz in der Sache zu prüfen, wenn der erste Asylstaat dem Antragsteller die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt oder ihm anderweitig ausreichenden Schutz gewährt hat und die Rückübernahme des Antragstellers in diesen Staat gewährleistet ist.

*Geänderter Text*

(30) Die Mitgliedstaaten sollten alle Anträge in der Sache prüfen, d. h. beurteilen, ob der betreffende Antragsteller gemäß der Richtlinie [...]/.../EG] [Anerkennungsrichtlinie] als Person mit Anspruch auf internationalen Schutz anerkannt werden kann. Die Mitgliedstaaten **sind** insbesondere verpflichtet, einen Antrag auf internationalen Schutz in der Sache zu prüfen, wenn der erste Asylstaat dem Antragsteller die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt oder ihm anderweitig ausreichenden Schutz gewährt hat und die Rückübernahme des Antragstellers in diesen Staat gewährleistet ist.

Or. it

**Änderungsantrag 75  
Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Erwägung 30**

*Vorschlag der Kommission*

(30) Die Mitgliedstaaten sollten alle Anträge in der Sache prüfen, d. h. beurteilen, ob der betreffende Antragsteller gemäß der Richtlinie [...]/.../EG] [Anerkennungsrichtlinie] als Person mit Anspruch auf internationalen Schutz anerkannt werden kann, sofern die

*Geänderter Text*

(30) Die Mitgliedstaaten sollten alle Anträge in der Sache prüfen, d. h. beurteilen, ob der betreffende Antragsteller gemäß der Richtlinie [...]/.../EG] [Anerkennungsrichtlinie] als Person mit Anspruch auf internationalen Schutz anerkannt werden kann, sofern die



vorliegende Richtlinie nichts anderes vorsieht, insbesondere dann, **wenn aus gutem Grund davon ausgegangen** werden kann, dass ein anderer Staat den Antrag prüfen oder für einen **ausreichenden** Schutz sorgen würde. Die Mitgliedstaaten sollten insbesondere nicht verpflichtet sein, einen Antrag auf internationalen Schutz in der Sache zu prüfen, wenn der erste Asylstaat dem Antragsteller die Flüchtlingseigenschaft zuerkennt **oder ihm anderweitig ausreichenden wenn Schutz gewährt hat und die Rückübernahme des Antragstellers in diesen Staat gewährleistet ist.**

vorliegende Richtlinie nichts anderes vorsieht, insbesondere dann, wenn **gewährleistet** werden kann, dass ein anderer Staat den Antrag prüfen oder für einen **zugänglichen und wirksamen** Schutz sorgen würde. Die Mitgliedstaaten sollten insbesondere nicht verpflichtet sein, einen Antrag auf internationalen Schutz in der Sache zu prüfen, wenn der erste Asylstaat dem Antragsteller die Flüchtlingseigenschaft zuerkennt hat.

Or. en

## **Änderungsantrag 76** **Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Erwägung 31**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**(31) Die Mitgliedstaaten sollten auch nicht verpflichtet sein, einen Antrag auf internationalen Schutz in der Sache zu prüfen, wenn vom Antragsteller aufgrund einer ausreichenden Verbindung zu einem Drittstaat im Sinne einzelstaatlicher Rechtsvorschriften erwartet werden kann, dass er in diesem Drittstaat Schutz suchen wird, und wenn Grund zu der Annahme besteht, dass die Übernahme oder Rückübernahme des Antragstellers in diesen Staat gewährleistet ist. Die Mitgliedstaaten sollten nur dann nach diesem Grundsatz verfahren, wenn dieser spezifische Antragsteller in dem betreffenden Drittstaat tatsächlich sicher wäre. Zur Vermeidung der Sekundärmigration der Antragsteller sollten gemeinsame Grundsätze festgelegt werden, nach denen Mitgliedstaaten Drittstaaten als sicher**

**entfällt**

*betrachten oder als sicher bestimmen.*

Or. en

## **Änderungsantrag 77**

**Mario Borghezio**

### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Erwägung 31**

##### *Vorschlag der Kommission*

(31) Die Mitgliedstaaten **solten** auch nicht verpflichtet **sein**, einen Antrag auf internationalen Schutz in der Sache zu prüfen, wenn vom Antragsteller aufgrund einer ausreichenden Verbindung zu einem Drittstaat im Sinne einzelstaatlicher Rechtsvorschriften erwartet werden kann, dass er in diesem Drittstaat Schutz suchen wird, und wenn Grund zu der Annahme besteht, dass die Übernahme oder Rückübernahme des Antragstellers in diesen Staat gewährleistet ist. Die Mitgliedstaaten sollten nur dann nach diesem Grundsatz verfahren, wenn dieser spezifische Antragsteller in dem betreffenden Drittstaat tatsächlich sicher wäre. Zur Vermeidung der Sekundärmigration der Antragsteller sollten gemeinsame Grundsätze festgelegt werden, nach denen Mitgliedstaaten Drittstaaten als sicher betrachten oder als sicher bestimmen.

##### *Geänderter Text*

(31) Die Mitgliedstaaten **sind** auch nicht verpflichtet, einen Antrag auf internationalen Schutz in der Sache zu prüfen, wenn vom Antragsteller aufgrund einer ausreichenden Verbindung zu einem Drittstaat im Sinne einzelstaatlicher Rechtsvorschriften erwartet werden kann, dass er in diesem Drittstaat Schutz suchen wird, und wenn Grund zu der Annahme besteht, dass die Übernahme oder Rückübernahme des Antragstellers in diesen Staat gewährleistet ist. Die Mitgliedstaaten sollten nur dann nach diesem Grundsatz verfahren, wenn dieser spezifische Antragsteller in dem betreffenden Drittstaat tatsächlich sicher wäre. Zur Vermeidung der Sekundärmigration der Antragsteller sollten gemeinsame Grundsätze festgelegt werden, nach denen Mitgliedstaaten Drittstaaten als sicher betrachten oder als sicher bestimmen.

Or. it

## **Änderungsantrag 78**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Erwägung 32**

##### *Vorschlag der Kommission*

**(32) Darüber hinaus sollte den**

##### *Geänderter Text*

**entfällt**

***Mitgliedstaaten im Hinblick auf bestimmte europäische Drittstaaten mit besonders hohen Standards im Bereich der Menschenrechte und des Flüchtlingsschutzes gestattet werden, keine oder keine vollständige Prüfung der Anträge der aus diesen europäischen Drittstaaten in ihr Hoheitsgebiet eingereisten Antragsteller durchzuführen.***

Or. en

**Änderungsantrag 79  
Mario Borghezio**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Erwägung 39**

*Vorschlag der Kommission*

(39) Da das Ziel dieser Richtlinie, nämlich die Festlegung von Mindestnormen für Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzstatus, auf Ebene der Mitgliedstaaten nicht **ausreichend** erreicht werden kann und daher wegen des Umfangs und der Wirkungen der Maßnahme besser auf *Gemeinschaftsebene* zu erreichen ist, kann die *Gemeinschaft* im Einklang mit dem in Artikel 5 EG-Vertrag niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Verhältnismäßigkeitsgrundsatz geht diese Richtlinie nicht über das für die Erreichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.

*Geänderter Text*

(39) Da das Ziel dieser Richtlinie, nämlich die Festlegung von Mindestnormen für Verfahren in den Mitgliedstaaten zur Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzstatus, auf Ebene der **einzelnen** Mitgliedstaaten nicht **angemessen** erreicht werden kann und daher wegen des Umfangs und der Wirkungen der Maßnahme besser auf *EU-Ebene* zu erreichen ist, kann die *Europäische Union* im Einklang mit dem in Artikel 5 EG-Vertrag niedergelegten Subsidiaritätsprinzip tätig werden. Entsprechend dem in demselben Artikel genannten Verhältnismäßigkeitsgrundsatz geht diese Richtlinie nicht über das für die Erreichung dieses Ziels erforderliche Maß hinaus.

Or. it

**Änderungsantrag 80  
Mario Borghezio**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 2 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

c) „Antragsteller“ oder „Person, die internationalen Schutz beantragt, “ **einen** Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen, der einen Antrag auf internationalen Schutz gestellt hat, über den noch keine rechtskräftige Entscheidung ergangen ist;

*Geänderter Text*

c) „Antragsteller“ oder „Person, die internationalen Schutz beantragt, “ **den** Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen, der einen Antrag auf internationalen Schutz gestellt hat, über den noch keine rechtskräftige Entscheidung ergangen ist;

Or. it

**Änderungsantrag 81**  
**Monika Hohlmeier, Simon Busuttil**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 2 – Buchstabe d**

*Vorschlag der Kommission*

d) „Antragsteller mit besonderen Bedürfnissen“ einen Antragsteller, der aufgrund seines Alters, seines Geschlechts, einer Behinderung, psychischer **Probleme** oder infolge von Folter, Vergewaltigung oder sonstigen schweren Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt besondere Garantien benötigt, um die Rechte aus dieser Richtlinie in Anspruch nehmen und den sich aus dieser Richtlinie ergebenden Pflichten nachkommen zu können;

*Geänderter Text*

d) „Antragsteller mit besonderen Bedürfnissen“ einen Antragsteller, der aufgrund seines Alters, seines Geschlechts, einer Behinderung, **körperlicher oder** psychischer **Erkrankungen** oder infolge von Folter, Vergewaltigung oder sonstigen schweren Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt besondere Garantien benötigt, um die Rechte aus dieser Richtlinie in Anspruch nehmen und den sich aus dieser Richtlinie ergebenden Pflichten nachkommen zu können;

Or. de

*Begründung*

*Die Formulierung "psychisches Problem" ist nicht eindeutig und schafft Rechtsunsicherheit. Die Berücksichtigung psychischer Belastungen auf Grund von Gewalt und auch im Rahmen der definierten Verfolgungshandlungen ist bereits durch die Anerkennungsrichtlinie sowie die gekürzte, hier vorliegende Formulierung verpflichtend. Es ist daher sinnvoller von psychischen und körperlichen Erkrankungen zu sprechen.*

**Änderungsantrag 82**

## Sophia in 't Veld

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 2 – Buchstabe d

#### *Vorschlag der Kommission*

d) „Antragsteller mit besonderen Bedürfnissen“ einen Antragsteller, der aufgrund seines Alters, seines Geschlechts, einer Behinderung, psychischer Probleme oder infolge von Folter, Vergewaltigung oder sonstigen schweren Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt besondere Garantien benötigt, um die Rechte aus dieser Richtlinie in Anspruch nehmen und den sich aus dieser Richtlinie ergebenden Pflichten nachkommen zu können;

#### *Geänderter Text*

d) „Antragsteller mit besonderen Bedürfnissen“ einen Antragsteller, der aufgrund seines Alters, seines Geschlechts, **seiner sexuellen Ausrichtung, seiner Geschlechtsidentität**, einer Behinderung, psychischer Probleme oder infolge von Folter, Vergewaltigung oder sonstigen schweren Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt besondere Garantien benötigt, um die Rechte aus dieser Richtlinie in Anspruch nehmen und den sich aus dieser Richtlinie ergebenden Pflichten nachkommen zu können;

Or. en

## Änderungsantrag 83 Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 2 – Buchstabe d

#### *Vorschlag der Kommission*

d) „Antragsteller mit besonderen Bedürfnissen“ einen Antragsteller, der aufgrund seines Alters, seines Geschlechts, einer Behinderung, psychischer Probleme oder infolge von Folter, Vergewaltigung oder sonstigen schweren Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt besondere Garantien benötigt, um die Rechte aus dieser Richtlinie in Anspruch nehmen und den sich aus dieser Richtlinie ergebenden Pflichten nachkommen zu können;

#### *Geänderter Text*

d) „Antragsteller mit besonderen Bedürfnissen“ einen Antragsteller, der aufgrund seines Alters, seines Geschlechts, **seiner Geschlechtsidentität**, einer Behinderung, psychischer Probleme oder infolge von Folter, Vergewaltigung oder sonstigen schweren Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt besondere Garantien benötigt, um die Rechte aus dieser Richtlinie in Anspruch nehmen und den sich aus dieser Richtlinie ergebenden Pflichten nachkommen zu können;

Or. en

**Änderungsantrag 84**  
**Mario Borghezio**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 2 – Buchstabe p**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**p) „Verbleib im Mitgliedstaat“ den Verbleib im Hoheitsgebiet – einschließlich an der Grenze oder in den Transitonen – des Mitgliedstaats, in dem der Antrag auf internationalen Schutz gestellt wurde oder geprüft wird.**

**entfällt**

Or. it

**Änderungsantrag 85**  
**Ernst Strasser**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 2 – Buchstabe p a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**pa) „Folgeantrag“ einen weiteren Antrag nach einer rechtskräftigen Entscheidung;**

Or. en

**Änderungsantrag 86**  
**Sophia in 't Veld**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 2 – Buchstabe p b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**pb) „neue Fakten und Umstände“  
Fakten, die die Kernpunkte des Antrags stützen und zu einer Revision einer früheren Entscheidung beitragen könnten;**

Or. en

**Änderungsantrag 87**  
**Sophia in 't Veld**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 4 – Absatz 2 – Buchstabe a a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**aa) Antragsteller mit besonderen  
Bedürfnissen gemäß Artikel 2  
Buchstabe d;**

Or. en

**Änderungsantrag 88**  
**Kyriacos Triantaphyllides, Cornelis de Jong, Rui Tavares, Cornelia Ernst, Marie-Christine Vergiat**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 4 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

b) Sensibilisierung für geschlechts-,  
altersspezifische und traumabezogene  
Fragestellungen;

b) Sensibilisierung für **geschlechts-,  
altersspezifische und traumabezogene**  
Fragestellungen **sowie Fragen der  
sexuellen Ausrichtung;**

Or. en

**Änderungsantrag 89**  
**Anna Maria Corazza Bildt, Véronique Mathieu, Mariya Nedelcheva, Simon Busuttil**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 4 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

b) Sensibilisierung für geschlechts-,  
altersspezifische und traumabezogene  
Fragestellungen;

b) Sensibilisierung für geschlechts-,  
altersspezifische und traumabezogene  
Fragestellungen **unter besonderer  
Berücksichtigung von unbegleiteten  
Minderjährigen;**

Or. en

**Änderungsantrag 90**  
**Alfredo Pallone, Clemente Mastella, Salvatore Iacolino**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 4 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

b) Sensibilisierung für geschlechts-, altersspezifische und traumabezogene Fragestellungen;

*Betrifft nicht die deutsche Fassung.*

Or. it

*Begründung*

*Betrifft nicht die deutsche Fassung.*

**Änderungsantrag 91**  
**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 4 – Absatz 2 – Buchstabe f**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**f) Beweiswürdigung einschließlich des Grundsatzes „in dubio pro reo“;**

**entfällt**

Or. de

*Begründung*

*"In dubio pro reo" ist kein anerkannter Grundsatz des Asylverfahrens und ist darüber hinaus nicht in der Genfer Flüchtlingskonvention geregelt.*

**Änderungsantrag 92**  
**Kyriacos Triantaphyllides, Cornelis de Jong, Rui Tavares, Cornelia Ernst, Marie-Christine Vergiat**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 4 – Absatz 3**



*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3. Die Mitgliedstaaten können jedoch  
vorsehen, dass eine andere Behörde für  
die Bearbeitung von Anträgen auf der  
Grundlage der Verordnung (EG)  
Nr. .../.... [Dublin-Verordnung].** **entfällt**

Or. en

*Begründung*

*Es ist für die Asylbehörde, die sich mit allen Asylfällen gut auskennt, wichtig, auch für Dublin  
- Fälle zuständig zu sein.*

**Änderungsantrag 93  
Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 4 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3. Die Mitgliedstaaten können jedoch  
vorsehen, dass eine andere Behörde für  
die Bearbeitung von Anträgen auf der  
Grundlage der Verordnung (EG)  
Nr. .../.... [Dublin-Verordnung].** **entfällt**

Or. en

**Änderungsantrag 94  
Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 4 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**4. Wird eine Behörde gemäß Absatz 3  
benannt, so stellen die Mitgliedstaaten  
sicher, dass die Bediensteten dieser  
Behörde über ausreichende Kenntnisse  
verfügen oder eine geeignete Schulung  
erhalten, um ihren Verpflichtungen bei** **entfällt**

*der Anwendung dieser Richtlinie nachkommen zu können.*

Or. en

### **Änderungsantrag 95**

**Anna Maria Corazza Bildt, Véronique Mathieu, Mariya Nedelcheva, Simon Busuttil**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

##### **Artikel 4 – Absatz 4**

###### *Vorschlag der Kommission*

4. Wird eine Behörde gemäß Absatz 3 benannt, so stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die Bediensteten dieser Behörde über ausreichende Kenntnisse verfügen **oder** eine geeignete Schulung erhalten, um ihren Verpflichtungen bei der Anwendung dieser Richtlinie nachkommen zu können.

###### *Geänderter Text*

4. Wird eine Behörde gemäß Absatz 3 benannt, so stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die Bediensteten dieser Behörde über ausreichende Kenntnisse verfügen **und** eine geeignete Schulung erhalten, um ihren Verpflichtungen bei der Anwendung dieser Richtlinie nachkommen zu können.

Or. en

### **Änderungsantrag 96**

**Monika Hohlmeier**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

##### **Artikel 6 – Absatz 5**

###### *Vorschlag der Kommission*

5. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ein Minderjähriger das Recht hat, im eigenen Namen oder **über** seine **Eltern** oder **einen anderen volljährigen Familienangehörigen** einen Antrag auf internationalen Schutz zu stellen.

###### *Geänderter Text*

5. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ein Minderjähriger das Recht hat, **im eigenen Namen - wenn er nach nationalem Recht als verfahrensfähig anzusehen ist -** oder **andernfalls durch** seine **gesetzlichen Vertreter** oder **deren Bevollmächtigte**, einen Antrag auf internationalen Schutz zu stellen. **Im Übrigen findet Artikel 6 Absatz 6 Anwendung.**

Or. de

**Änderungsantrag 97**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 6 – Absatz 8 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

8. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Grenzschutz-, Polizei- und Einwanderungsbehörden sowie das Personal von Gewahrsamseinrichtungen Anweisungen und die notwendige Schulung für **den Umgang mit** Anträgen auf internationalen Schutz erhalten. **Sind diese Behörden als zuständige Behörden im Sinne von Absatz 1 benannt, schließen die Anweisungen auch die Pflicht zur Registrierung der Anträge ein. Ist dies nicht der Fall, schließen die Anweisungen die Pflicht ein, die Anträge zusammen mit allen sachdienlichen Informationen an die für die **Registrierung** zuständige Behörde weiterzuleiten.**

*Geänderter Text*

8. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Grenzschutz-, Polizei- und Einwanderungsbehörden sowie das Personal von Gewahrsamseinrichtungen Anweisungen und die notwendige Schulung für **die Annahme und Registrierung von** Anträgen auf internationalen Schutz erhalten. **Die Anweisungen schließen dann die Pflicht ein, die Anträge zusammen mit allen sachdienlichen Informationen an die für die **Bearbeitung der registrierten Anträge** zuständige Behörde weiterzuleiten.**

Or. en

**Änderungsantrag 98**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 7 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

2. Die Mitgliedstaaten treffen Vorkehrungen für die Bereitstellung eines Dolmetschers, um die Verständigung zwischen Personen, die internationalen Schutz beantragen wollen, und den Grenzschutzbeamten oder Bediensteten der Gewahrsamseinrichtungen zu gewährleisten.

*Geänderter Text*

2. Die Mitgliedstaaten treffen Vorkehrungen für die **unentgeltliche** Bereitstellung eines Dolmetschers, um die Verständigung zwischen Personen, die internationalen Schutz beantragen wollen, und den Grenzschutzbeamten oder Bediensteten der Gewahrsamseinrichtungen zu gewährleisten.

Or. en

**Änderungsantrag 99**  
**Daniël van der Stoep**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 7 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

2. Die Mitgliedstaaten **treffen** Vorkehrungen für die Bereitstellung eines Dolmetschers, um die Verständigung zwischen Personen, die internationalen Schutz beantragen wollen, und den Grenzschutzbeamten oder Bediensteten der Gewahrsamseinrichtungen zu gewährleisten.

*Geänderter Text*

2. Die Mitgliedstaaten **können** Vorkehrungen für die Bereitstellung eines Dolmetschers **treffen**, um die Verständigung zwischen Personen, die internationalen Schutz beantragen wollen, und den Grenzschutzbeamten oder Bediensteten der Gewahrsamseinrichtungen zu gewährleisten.

Or. nl

**Änderungsantrag 100**  
**Sophia in 't Veld**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 7 – Absatz 3 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

3. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Organisationen, die **Beratungsleistungen** für Antragsteller erbringen, auf der Grundlage einer Vereinbarung mit den zuständigen Behörden des betreffenden Mitgliedstaats Zugang zu Grenzübergangsstellen einschließlich Transitzonen sowie zu Gewahrsamseinrichtungen erhalten.

*Geänderter Text*

3. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Organisationen, die **rechtliche Beratungs- und Vertretungsleistungen** für Antragsteller erbringen, auf der Grundlage einer Vereinbarung mit den zuständigen Behörden des betreffenden Mitgliedstaats Zugang zu Grenzübergangsstellen einschließlich Transitzonen sowie zu Gewahrsamseinrichtungen erhalten.

Or. en

**Änderungsantrag 101**

**Kyriacos Triantaphyllides, Cornelis de Jong, Rui Tavares, Cornelia Ernst, Marie-Christine Vergiat**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 7 – Absatz 3 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

3. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Organisationen, die Beratungsleistungen für Antragsteller erbringen, auf der Grundlage einer Vereinbarung mit den zuständigen Behörden des betreffenden Mitgliedstaats Zugang zu Grenzübergangsstellen einschließlich Transitzonen sowie zu Gewahrsamseinrichtungen erhalten.

*Geänderter Text*

3. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Organisationen, die Beratungsleistungen für Antragsteller erbringen, **und ihre Rechtsvertretung übernehmen**, auf der Grundlage einer Vereinbarung mit den zuständigen Behörden des betreffenden Mitgliedstaats Zugang zu Grenzübergangsstellen einschließlich Transitzonen sowie zu Gewahrsamseinrichtungen erhalten.

Or. en

**Änderungsantrag 102**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 7 – Absatz 3 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

3. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Organisationen, die Beratungsleistungen für Antragsteller erbringen, auf der Grundlage einer Vereinbarung mit den zuständigen Behörden des betreffenden Mitgliedstaats Zugang zu Grenzübergangsstellen einschließlich Transitzonen sowie zu Gewahrsamseinrichtungen erhalten.

*Geänderter Text*

3. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass Organisationen, die Beratungsleistungen für Antragsteller erbringen, auf der Grundlage einer Vereinbarung mit den zuständigen Behörden des betreffenden Mitgliedstaats **ungehinderten** Zugang zu Grenzübergangsstellen einschließlich Transitzonen sowie zu Gewahrsamseinrichtungen erhalten.

Or. en

**Änderungsantrag 103**

**Anna Maria Corazza Bildt, Véronique Mathieu**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 7 – Absatz 3 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten können Vorschriften zur Regelung der Anwesenheit dieser Organisationen an den in diesem Artikel

*Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten können Vorschriften zur Regelung der Anwesenheit dieser Organisationen an den in diesem Artikel

genannten Orten vorsehen.

genannten Orten vorsehen, *solange sie die Antragsteller in ihrem Zugang zu den Beratungsleistungen nicht einschränken.*

Or. en

## **Änderungsantrag 104** **Sophia in 't Veld**

### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 8 – Absatz 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

1. Antragsteller dürfen aus Harmonie der Sinn der runden die Millionären schließlich zum Zwecke des Verfahrens so lange im Mitgliedstaat verbleiben, bis die Asylbehörde **auf der Grundlage der in Kapitel III genannten erstinstanzlichen Verfahren** über den Asylantrag entschieden hat. Aus dieser Bleibeberechtigung ergibt sich kein Anspruch auf einen Aufenthaltstitel.

#### *Geänderter Text*

1. Antragsteller dürfen ausschließlich zum Zwecke des Verfahrens so lange im Mitgliedstaat verbleiben, bis die Asylbehörde **rechtskräftig** über den Asylantrag entschieden hat, **einschließlich in Fällen, in denen ein Antragsteller einen Rechtsbehelf einlegt und sofern ein zuständiges Gericht nichts Gegenteiliges entscheidet.** Aus dieser Bleibeberechtigung ergibt sich kein Anspruch auf einen Aufenthaltstitel.

Or. en

## **Änderungsantrag 105** **Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 8 – Absatz 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

1. Antragsteller dürfen ausschließlich zum Zwecke des Verfahrens so lange im Mitgliedstaat verbleiben, bis die Asylbehörde auf der Grundlage der in Kapitel III genannten erstinstanzlichen Verfahren über den Asylantrag entschieden hat. **Aus dieser Bleibeberechtigung ergibt sich kein Anspruch auf einen Aufenthaltstitel.**

#### *Geänderter Text*

1. Antragsteller dürfen ausschließlich zum Zwecke des Verfahrens so lange im Mitgliedstaat verbleiben, bis die Asylbehörde auf der Grundlage der in Kapitel III genannten erstinstanzlichen Verfahren über den Asylantrag entschieden hat.

**Änderungsantrag 106**  
**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 8 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3. Ein Mitgliedstaat darf einen Antragsteller nur dann gemäß Absatz 2 an einen Drittstaat ausliefern, wenn sich die zuständigen Behörden davon überzeugt haben, dass eine Auslieferungsentscheidung keine unmittelbare oder mittelbare Zurückweisung zur Folge hat, die im Widerspruch zu den internationalen Verpflichtungen des Mitgliedstaats steht.**

**entfällt**

Or. de

*Begründung*

*Die Mitgliedstaaten sind gemäß internationalem Recht verpflichtet, sich an die Regel der Nichtzurückweisung (Non-refoulements) zu halten. Der Absatz enthält daher keinen Mehrwert und sollte aus Gründen der Textknappheit nicht in die Richtlinie aufgenommen werden.*

**Änderungsantrag 107**

**Kyriacos Triantaphyllides, Cornelis de Jong, Rui Tavares, Cornelia Ernst, Marie-Christine Vergiat**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 8 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

3. Ein Mitgliedstaat darf einen Antragsteller nur dann gemäß Absatz 2 an einen Drittstaat ausliefern, wenn **sich** die zuständigen Behörden **davon überzeugt haben**, dass eine Auslieferungsentscheidung keine unmittelbare oder mittelbare

3. Ein Mitgliedstaat darf einen Antragsteller nur dann gemäß Absatz 2 an einen Drittstaat ausliefern, wenn die zuständigen Behörden **auf der Grundlage der Beurteilung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen und des Europäischen**

Zurückweisung zur Folge hat, die im Widerspruch zu den internationalen Verpflichtungen des Mitgliedstaats steht.

***Unterstützungsbüros für Asylfragen festgestellt haben***, dass eine Auslieferungsentscheidung keine unmittelbare oder mittelbare Zurückweisung zur Folge hat, die im Widerspruch zu den internationalen Verpflichtungen des Mitgliedstaats steht, ***oder den Antragsteller nicht einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung bei der Ankunft in dem Drittstaat aussetzt.***

Or. en

#### *Begründung*

*Diplomatische Zusicherungen haben sich als unzureichend erwiesen, wenn gewährleistet werden soll, dass die Situation vor Ort für den Antragsteller sicher ist. Die Beteiligung des UNHCR und des EASO an diesem Verfahren würde Abhilfe schaffen.*

### **Änderungsantrag 108**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

##### **Artikel 8 – Absatz 3**

###### *Vorschlag der Kommission*

3. Ein Mitgliedstaat darf einen Antragsteller nur dann gemäß Absatz 2 an einen Drittstaat ausliefern, wenn ***sich die zuständigen Behörden davon überzeugt haben***, dass eine Auslieferungsentscheidung keine unmittelbare oder mittelbare Zurückweisung zur Folge hat, die im Widerspruch zu den internationalen Verpflichtungen des Mitgliedstaats steht.

###### *Geänderter Text*

3. Ein Mitgliedstaat darf einen Antragsteller nur dann gemäß Absatz 2 an einen Drittstaat ausliefern, wenn die ***Asylbehörden sicher sind***, dass eine Auslieferungsentscheidung keine unmittelbare oder mittelbare Zurückweisung zur Folge hat, die im Widerspruch zu den internationalen Verpflichtungen des Mitgliedstaats steht.

Or. en

### **Änderungsantrag 109**

**Sophia in 't Veld**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

##### **Artikel 8 – Absatz 3**



*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

3. Ein Mitgliedstaat darf einen Antragsteller nur dann gemäß Absatz 2 an einen Drittstaat ausliefern, wenn ***sich die zuständigen Behörden davon überzeugt haben, dass*** eine Auslieferungsentscheidung keine unmittelbare oder mittelbare Zurückweisung zur Folge hat, die im Widerspruch zu den internationalen Verpflichtungen des Mitgliedstaats steht.

3. Ein Mitgliedstaat darf einen Antragsteller nur dann gemäß Absatz 2 an einen Drittstaat ausliefern, wenn eine Auslieferungsentscheidung keine unmittelbare oder mittelbare Zurückweisung zur Folge hat, die im Widerspruch zu den internationalen Verpflichtungen des Mitgliedstaats steht.

Or. en

**Änderungsantrag 110**  
**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 9 – Absatz 3 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

a) die Anträge einzeln, objektiv und ***unparteiisch*** geprüft und entschieden werden;

a) die Anträge einzeln, objektiv, ***unparteiisch*** und ***unter Berücksichtigung der individuellen Fähigkeiten des Antragstellers zur Wahrnehmung der in dieser Richtlinie niedergelegten Rechte und Pflichten*** geprüft und entschieden werden;

Or. de

*Begründung*

*Antragsteller mit besonderen Bedürfnissen (vgl. Artikel 20 aus dem Kommissionsvorschlag) stellen keine klar abgrenzbare Personengruppe dar. Nachdem Verfolgungshandlungen einschließlich psychischer, physischer und sexueller Gewalt ohnehin durch die Behörden berücksichtigt werden müssen, ist es angebracht, die Behörden weiterhin zu verpflichten, die individuellen Fähigkeiten des Antragstellers zur Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten zu berücksichtigen.*

**Änderungsantrag 111**

**Kyriacos Triantaphyllides, Cornelis de Jong, Rui Tavares, Cornelia Ernst, Marie-Christine Vergiat**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 9 – Absatz 3 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

b) genaue und aktuelle Informationen aus verschiedenen Quellen, wie etwa Informationen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) **oder** des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen, eingeholt werden, die Aufschluss geben über die allgemeine Lage in den Herkunftsstaaten der Antragsteller und gegebenenfalls in den Staaten, durch die sie gereist sind, und dass diese Informationen den für die Prüfung und Entscheidung der Anträge zuständigen Bediensteten zur Verfügung stehen sowie dem betreffenden Antragsteller und seinem Rechtsbeistand, sofern die Informationen von der Asylbehörde bei der Entscheidung über den Antrag berücksichtigt werden;

*Geänderter Text*

b) genaue und aktuelle Informationen aus verschiedenen Quellen, wie etwa Informationen des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen **und internationalen Menschenrechtsorganisationen**, eingeholt werden, die Aufschluss geben über die allgemeine Lage in den Herkunftsstaaten der Antragsteller und gegebenenfalls in den Staaten, durch die sie gereist sind, und dass diese Informationen den für die Prüfung und Entscheidung der Anträge zuständigen Bediensteten zur Verfügung stehen sowie dem betreffenden Antragsteller und seinem Rechtsbeistand, sofern die Informationen von der Asylbehörde bei der Entscheidung über den Antrag berücksichtigt werden;

Or. en

**Änderungsantrag 112**

**Kyriacos Triantaphyllides, Cornelis de Jong, Rui Tavares, Marie-Christine Vergiat, Cornelia Ernst**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 9 – Absatz 3 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

c) die für die Prüfung und Entscheidung der Anträge zuständigen Bediensteten die anzuwendenden Normen im Bereich Asyl- und Flüchtlingsrecht kennen;

*Geänderter Text*

c) die für die Prüfung und Entscheidung der Anträge zuständigen Bediensteten die anzuwendenden Normen im Bereich Asyl- und Flüchtlingsrecht **sowie Menschenrechte kennen und die in Artikel 4 Absatz 1 vorgesehenen Schulungsprogramme mit Grund- und Aufbaulehrgängen absolviert haben**;

**Änderungsantrag 113**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 9 – Absatz 3 – Buchstabe d**

*Vorschlag der Kommission*

d) die für die Prüfung und Entscheidung der Anträge zuständigen Bediensteten die Anweisung und die Möglichkeit erhalten, so oft dies erforderlich ist, in bestimmten unter anderem medizinischen, kulturellen, kinder- oder geschlechtsspezifischen Fragen Sachverständige hinzuzuziehen.

*Geänderter Text*

d) die für die Prüfung und Entscheidung der Anträge zuständigen Bediensteten die Anweisung und die Möglichkeit erhalten, so oft dies erforderlich ist, in bestimmten unter anderem medizinischen, kulturellen, kinder- oder geschlechtsspezifischen Fragen **oder Fragen der sexuellen Ausrichtung** Sachverständige hinzuzuziehen.

**Änderungsantrag 114**  
**Alfredo Pallone, Clemente Mastella, Salvatore Iacolino**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 9 – Absatz 3 – Buchstabe d**

*Vorschlag der Kommission*

d) die für die Prüfung und Entscheidung der Anträge zuständigen Bediensteten die Anweisung und die Möglichkeit erhalten, so oft dies erforderlich ist, in bestimmten unter anderem medizinischen, kulturellen, kinder- oder geschlechtsspezifischen Fragen Sachverständige hinzuzuziehen.

*Geänderter Text*

d) die für die Prüfung und Entscheidung der Anträge zuständigen Bediensteten die Anweisung und die Möglichkeit erhalten, so oft dies erforderlich ist, in bestimmten unter anderem medizinischen, kulturellen, **religiösen**, kinder- oder geschlechtsspezifischen Fragen Sachverständige hinzuzuziehen.

*Begründung*

*Angesichts des Stellenwerts des religiösen Aspekts im Kontext der Richtlinie ist es wünschenswert, ihn an dieser Stelle zu erwähnen.*

## Änderungsantrag 115

Kyriacos Triantaphyllides, Cornelis de Jong, Rui Tavares, Cornelia Ernst, Marie-Christine Vergiat

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Artikel 10 – Absatz 2 – Unterabsatz 1

##### *Vorschlag der Kommission*

2. Die Mitgliedstaaten stellen ferner sicher, dass bei der Ablehnung eines Antrags auf Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzstatus die sachlichen und rechtlichen Gründe für die Ablehnung in der Entscheidung dargelegt werden und eine schriftliche Belehrung beigefügt wird, wie eine ablehnende Entscheidung angefochten werden kann.

##### *Geänderter Text*

2. Die Mitgliedstaaten stellen ferner sicher, dass bei der Ablehnung **oder Bewilligung** eines Antrags auf Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzstatus die sachlichen und rechtlichen Gründe für die Ablehnung **oder Bewilligung** in der Entscheidung dargelegt werden und **zum Zeitpunkt des Erlasses der Entscheidung** eine schriftliche Belehrung beigefügt wird, wie eine ablehnende Entscheidung angefochten werden kann.

Or. en

##### *Begründung*

*Durch Hinzufügung dieses Verweises wird sichergestellt, dass der Antragsteller die Informationen umgehend erhält und er deshalb in die Lage versetzt wird, alle Fristen für weitere administrative Maßnahmen einzuhalten.*

## Änderungsantrag 116

Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Artikel 10 – Absatz 2 – Unterabsatz 1

##### *Vorschlag der Kommission*

2. Die Mitgliedstaaten stellen ferner sicher, dass bei der Ablehnung eines Antrags auf Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzstatus die sachlichen und rechtlichen Gründe für die Ablehnung in der Entscheidung dargelegt werden und eine schriftliche Belehrung beigefügt wird, wie eine ablehnende

##### *Geänderter Text*

2. Die Mitgliedstaaten stellen ferner sicher, dass bei der Ablehnung eines Antrags auf Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzstatus die sachlichen und rechtlichen Gründe für die Ablehnung in der Entscheidung dargelegt werden und eine **vom Empfänger bei Erhalt unterzeichnete** schriftliche

Entscheidung angefochten werden kann.

Belehrung beigefügt wird, wie eine ablehnende Entscheidung angefochten werden kann.

Or. en

**Änderungsantrag 117**  
**Sophia in 't Veld**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 10 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

2. Die Mitgliedstaaten stellen ferner sicher, dass bei der Ablehnung eines Antrags auf Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzstatus die sachlichen und rechtlichen Gründe für die Ablehnung in der Entscheidung dargelegt werden und eine schriftliche Belehrung beigefügt wird, wie eine ablehnende Entscheidung angefochten werden kann.

*Geänderter Text*

2. Die Mitgliedstaaten stellen ferner sicher, dass bei der Ablehnung eines Antrags auf Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder des subsidiären Schutzstatus die sachlichen und rechtlichen Gründe für die Ablehnung in der Entscheidung **deutlich** dargelegt werden und **zum Zeitpunkt des Erlasses der Entscheidung** eine schriftliche Belehrung beigefügt wird, wie eine ablehnende Entscheidung angefochten werden kann.

Or. en

**Änderungsantrag 118**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 10 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

***Die Mitgliedstaaten brauchen der ablehnenden Entscheidung keine schriftliche Belehrung darüber beizufügen, wie eine solche Entscheidung angefochten werden kann, wenn diese Information dem Antragsteller zuvor entweder schriftlich oder auf ihm zugänglichem elektronischem Wege mitgeteilt worden ist.***

*Geänderter Text*

***entfällt***

**Änderungsantrag 119**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 10 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

4. Absatz 3 findet keine Anwendung in Fällen, in denen die Offenlegung bestimmter Umstände gegenüber Mitgliedern der Familie die Interessen der betreffenden Person gefährden kann, einschließlich bei Verfolgungen aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit oder des Alters. In diesen Fällen ergeht eine gesonderte Entscheidung an die betroffene Person.

*Geänderter Text*

4. Absatz 3 findet keine Anwendung in Fällen, in denen die Offenlegung bestimmter Umstände gegenüber Mitgliedern der Familie die Interessen der betreffenden Person gefährden kann, einschließlich bei Verfolgungen aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, **der Geschlechtsidentität, der sexuellen Ausrichtung** oder des Alters. In diesen Fällen ergeht eine gesonderte Entscheidung an die betroffene Person.

**Änderungsantrag 120**  
**Sophia in 't Veld**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 10 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

4. Absatz 3 findet keine Anwendung in Fällen, in denen die Offenlegung bestimmter Umstände gegenüber Mitgliedern der Familie die Interessen der betreffenden Person gefährden kann, einschließlich bei Verfolgungen aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit oder des Alters. In diesen Fällen ergeht eine gesonderte Entscheidung an die betroffene Person.

*Geänderter Text*

4. die Absatz 3 findet keine Anwendung in Fällen, in denen die Offenlegung bestimmter Umstände gegenüber Mitgliedern der Familie die Interessen der betreffenden Person gefährden kann, einschließlich bei Verfolgungen aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, **der sexuellen Ausrichtung, der Geschlechtsidentität** oder des Alters. In diesen Fällen ergeht eine gesonderte Entscheidung an die betroffene Person.

**Änderungsantrag 121**  
**Alfredo Pallone, Clemente Mastella, Salvatore Iacolino**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 10 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

4. Absatz 3 findet keine Anwendung in Fällen, in denen die Offenlegung bestimmter Umstände gegenüber Mitgliedern der Familie die Interessen der betreffenden Person gefährden kann, einschließlich bei Verfolgungen aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit oder des Alters. In diesen Fällen ergeht eine gesonderte Entscheidung an die betroffene Person.

*Geänderter Text*

*Betrifft nicht die deutsche Fassung.*

Or. it

*Begründung*

*Betrifft nicht die deutsche Fassung.*

**Änderungsantrag 122**  
**Mario Borghezio**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 11 – Absatz 1 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) Sie werden in einer Sprache, **von der angenommen werden darf, dass sie sie verstehen**, über den Verlauf des Verfahrens und über ihre Rechte und Pflichten während des Verfahrens sowie darüber informiert, welche Folgen es haben kann, wenn sie ihren Pflichten nicht nachkommen und nicht mit den Behörden zusammenarbeiten. Sie werden über die Frist und die Möglichkeiten unterrichtet, die ihnen zur Einhaltung der Verpflichtung, die Angaben nach Artikel 4 der Richtlinie [...]/../EG [Anerkennungsrichtlinie] vorzulegen, zur

*Geänderter Text*

a) Sie werden in einer **ihnen verständlichen** Sprache über den Verlauf des Verfahrens und über ihre Rechte und Pflichten während des Verfahrens sowie darüber informiert, welche Folgen es haben kann, wenn sie ihren Pflichten nicht nachkommen und nicht mit den Behörden zusammenarbeiten. Sie werden über die Frist und die Möglichkeiten unterrichtet, die ihnen zur Einhaltung der Verpflichtung, die Angaben nach Artikel 4 der Richtlinie [...]/../EG [Anerkennungsrichtlinie] vorzulegen, zur Verfügung stehen. Diese Informationen

Verfügung stehen. Diese Informationen werden so rechtzeitig gegeben, dass die Antragsteller die in der vorliegenden Richtlinie garantierten Rechte in Anspruch nehmen und ihren in Artikel 12 genannten Verpflichtungen nachkommen können.

werden so rechtzeitig gegeben, dass die Antragsteller die in der vorliegenden Richtlinie garantierten Rechte in Anspruch nehmen und ihren in Artikel 12 genannten Verpflichtungen nachkommen können.

Or. it

### **Änderungsantrag 123**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 11 – Absatz 1 – Buchstabe a**

##### *Vorschlag der Kommission*

a) Sie werden in einer Sprache, **von der angenommen werden darf, dass sie** verstehen, über den Verlauf des Verfahrens und über ihre Rechte und Pflichten während des Verfahrens sowie darüber informiert, welche Folgen es haben kann, wenn sie ihren Pflichten nicht nachkommen und nicht mit den Behörden zusammenarbeiten. Sie werden über die Frist und die Möglichkeiten unterrichtet, die ihnen zur Einhaltung der Verpflichtung, die Angaben nach Artikel 4 der Richtlinie [...]/EG [Anerkennungsrichtlinie] vorzulegen, zur Verfügung stehen. Diese Informationen werden so rechtzeitig gegeben, dass die Antragsteller die in der vorliegenden Richtlinie garantierten Rechte in Anspruch nehmen und ihren in Artikel 12 genannten Verpflichtungen nachkommen können.

##### *Geänderter Text*

a) Sie werden in einer Sprache, **die** sie verstehen, über den Verlauf des Verfahrens und über ihre Rechte und Pflichten während des Verfahrens sowie darüber informiert, welche Folgen es haben kann, wenn sie ihren Pflichten nicht nachkommen und nicht mit den Behörden zusammenarbeiten. Sie werden über die Frist und die Möglichkeiten unterrichtet, die ihnen zur Einhaltung der Verpflichtung, die Angaben nach Artikel 4 der Richtlinie [...]/EG [Anerkennungsrichtlinie] vorzulegen, zur Verfügung stehen. Diese Informationen werden so rechtzeitig **im Voraus** gegeben, dass die Antragsteller die in der vorliegenden Richtlinie garantierten Rechte in Anspruch nehmen und ihren in Artikel 12 genannten Verpflichtungen nachkommen können.

Or. en

### **Änderungsantrag 124**

**Mario Borghezio**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 11 – Absatz 1 – Buchstabe b**



*Vorschlag der Kommission*

b) Erforderlichenfalls wird ein Dolmetscher beigezogen, damit sie den zuständigen Behörden ihren Fall darlegen können. Die Mitgliedstaaten haben **zumindest** dann von der Erforderlichkeit einer solchen Beziehung auszugehen, wenn die Asylbehörde den Antragsteller zu einer Anhörung nach den Artikeln 13, 14, 15, 16 und 30 vorlädt und ohne die Beziehung eines Dolmetschers eine angemessene Verständigung nicht gewährleistet werden kann. In diesem Fall und in anderen Fällen, in denen die zuständigen Behörden den Antragsteller vorladen, werden die Kosten für den Dolmetscher von der öffentlichen Hand getragen.

*Geänderter Text*

b) Erforderlichenfalls wird ein Dolmetscher beigezogen, damit sie den zuständigen Behörden ihren Fall darlegen können. Die Mitgliedstaaten haben **nur** dann von der Erforderlichkeit einer solchen Beziehung auszugehen, wenn die Asylbehörde den Antragsteller zu einer Anhörung nach den Artikeln 13, 14, 15, 16 und 30 vorlädt und ohne die Beziehung eines Dolmetschers eine angemessene Verständigung nicht gewährleistet werden kann. In diesem Fall und in anderen Fällen, in denen die zuständigen Behörden den Antragsteller vorladen, werden die Kosten für den Dolmetscher von der öffentlichen Hand getragen, **falls der Antragsteller die Kosten dafür nicht übernehmen kann.**

Or. it

**Änderungsantrag 125**  
**Daniël van der Stoep**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 11 – Absatz 1 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

b) Erforderlichenfalls wird ein Dolmetscher beigezogen, damit sie den zuständigen Behörden ihren Fall darlegen können. Die Mitgliedstaaten haben zumindest dann von der Erforderlichkeit einer solchen Beziehung auszugehen, wenn die Asylbehörde den Antragsteller zu einer Anhörung nach den Artikeln 13, 14, 15, 16 und 30 vorlädt und ohne die Beziehung eines Dolmetschers eine angemessene Verständigung nicht gewährleistet werden kann. In diesem Fall und in anderen Fällen, in denen die zuständigen Behörden den Antragsteller vorladen, werden die Kosten für den Dolmetscher **von der öffentlichen Hand**

*Geänderter Text*

b) Erforderlichenfalls wird ein Dolmetscher beigezogen, damit sie den zuständigen Behörden ihren Fall darlegen können. Die Mitgliedstaaten haben zumindest dann von der Erforderlichkeit einer solchen Beziehung auszugehen, wenn die Asylbehörde den Antragsteller zu einer Anhörung nach den Artikeln 13, 14, 15, 16 und 30 vorlädt und ohne die Beziehung eines Dolmetschers eine angemessene Verständigung nicht gewährleistet werden kann. In diesem Fall und in anderen Fällen, in denen die zuständigen Behörden den Antragsteller vorladen, werden die Kosten für den Dolmetscher **in erster Instanz vom**

getragen.

*Antragsteller* getragen.

Or. nl

## **Änderungsantrag 126**

**Mario Borghesio**

### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 11 – Absatz 1 – Buchstabe e**

##### *Vorschlag der Kommission*

e) Sie sind von der Asylbehörde über das Ergebnis der Entscheidung in einer Sprache zu unterrichten, **von der angenommen werden darf, dass sie sie verstehen**, sofern sie nicht von einem Rechtsanwalt oder sonstigen Rechtsberater beraten oder vertreten werden. Die Mitteilung muss bei einer ablehnenden Entscheidung auch mit einer Rechtsbehelfsbelehrung gemäß Artikel 10 Absatz 2 versehen sein.

##### *Geänderter Text*

e) Sie sind von der Asylbehörde über das Ergebnis der Entscheidung in einer **ihnen verständlichen** Sprache zu unterrichten, sofern sie nicht von einem Rechtsanwalt oder sonstigen Rechtsberater beraten oder vertreten werden. Die Mitteilung muss bei einer ablehnenden Entscheidung auch mit einer Rechtsbehelfsbelehrung gemäß Artikel 10 Absatz 2 versehen sein.

Or. it

## **Änderungsantrag 127**

**Monika Hohlmeier, Simon Busuttil**

### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 12 – Absatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

1. Personen, die internationalen Schutz beantragen, **arbeiten mit den zuständigen Behörden zur Feststellung ihrer** Identität und **anderer** in Artikel 4 Absatz 2 der Richtlinie [...]/EG] [Anerkennungsrichtlinie] **genannter** Angaben **zusammen**. Die Mitgliedstaaten können den Antragstellern weitere Kooperationsverpflichtungen auferlegen, sofern diese Verpflichtungen für die Bearbeitung des Antrags erforderlich sind.

##### *Geänderter Text*

1. Personen, die internationalen Schutz beantragen, **sind verpflichtet, bei der Aufklärung des Sachverhalts mitzuwirken und ihre** Identität und **Staatsangehörigkeit und andere** in Artikel 4 Absatz 2 der Richtlinie [...]/EG] [Anerkennungsrichtlinie] **genannte** Angaben **gegenüber den zuständigen Behörden offenzulegen. Im Fall des Nichtbesitzes eines gültigen Reisepasses oder Passersatzes ist der Antragsteller verpflichtet, an der Beschaffung eines**

*Identitätspapiers mitzuwirken. Solange der Antragsteller während der Prüfung des Antrags auf internationalen Schutz im Mitgliedstaat verbleiben darf, ist er nicht verpflichtet, mit Behörden des Herkunftslandes in Kontakt zu treten, wenn staatliche Verfolgungshandlungen zu befürchten sind.* Die Mitgliedstaaten können den Antragstellern weitere Kooperationsverpflichtungen auferlegen, sofern diese Verpflichtungen für die Bearbeitung des Antrags erforderlich sind.

Or. de

**Änderungsantrag 128**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 12 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

1. Personen, die internationalen Schutz beantragen, arbeiten mit den zuständigen Behörden zur Feststellung ihrer Identität und anderer in Artikel 4 Absatz 2 der Richtlinie [...]/../EG] [Anerkennungsrichtlinie] genannter Angaben zusammen. Die Mitgliedstaaten können den Antragstellern weitere Kooperationsverpflichtungen auferlegen, sofern diese Verpflichtungen für die Bearbeitung des Antrags erforderlich sind.

*Geänderter Text*

1. Personen, die internationalen Schutz beantragen, arbeiten, ***soweit sie physisch und psychologisch dazu in der Lage sind***, mit den zuständigen Behörden zur Feststellung ihrer Identität und anderer in Artikel 4 Absatz 2 der Richtlinie [...]/../EG] [Anerkennungsrichtlinie] genannter Angaben zusammen. Die Mitgliedstaaten können den Antragstellern weitere Kooperationsverpflichtungen auferlegen, sofern diese Verpflichtungen für die Bearbeitung des Antrags erforderlich sind.

Or. en

**Änderungsantrag 129**  
**Mario Borghezio**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 12 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

b) Antragsteller **die** in ihrem Besitz befindlichen Dokumente, die für die Prüfung des Antrags **sachdienlich** sind, **wie zum Beispiel ihren Reisepass**, vorlegen müssen;

*Geänderter Text*

b) Antragsteller **sämtliche** in ihrem Besitz befindlichen Dokumente, die für die Prüfung des Antrags **notwendig** sind, vorlegen müssen;

Or. it

**Änderungsantrag 130**  
**Mario Borghezio**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 12 – Absatz 2 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

c) Antragsteller verpflichtet sind, so rasch wie möglich die zuständigen Behörden über ihren jeweiligen Aufenthaltsort oder ihre Anschrift und über Änderungen dieses Aufenthaltsortes oder der Anschrift zu unterrichten. Die Mitgliedstaaten **können festlegen**, dass der Antragsteller an dem von ihm mitgeteilten letzten Aufenthaltsort erfolgte – bzw. an die mitgeteilte letzte Anschrift gerichtete – Mitteilungen gegen sich gelten lassen muss;

*Geänderter Text*

c) Antragsteller verpflichtet sind, so rasch wie möglich die zuständigen Behörden über ihren jeweiligen Aufenthaltsort oder ihre Anschrift und über Änderungen dieses Aufenthaltsortes oder der Anschrift zu unterrichten. Die Mitgliedstaaten **legen fest**, dass der Antragsteller an dem von ihm mitgeteilten letzten Aufenthaltsort erfolgte — bzw. an die mitgeteilte letzte Anschrift gerichtete — Mitteilungen gegen sich gelten lassen muss;

Or. it

**Änderungsantrag 131**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 12 – Absatz 2 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

c) Antragsteller verpflichtet sind, so rasch wie möglich die zuständigen Behörden über ihren jeweiligen Aufenthaltsort oder ihre Anschrift und über Änderungen dieses Aufenthaltsortes oder der Anschrift zu

*Geänderter Text*

c) Antragsteller verpflichtet sind, so rasch wie möglich die zuständigen Behörden über ihren jeweiligen Aufenthaltsort oder ihre Anschrift und über Änderungen dieses Aufenthaltsortes oder der Anschrift zu

unterrichten. Die Mitgliedstaaten können festlegen, dass der Antragsteller an dem von ihm mitgeteilten letzten Aufenthaltsort erfolgte – bzw. an die mitgeteilte letzte Anschrift gerichtete – Mitteilungen gegen sich gelten lassen muss;

unterrichten. Die Mitgliedstaaten können festlegen, dass der Antragsteller an dem von ihm mitgeteilten letzten Aufenthaltsort erfolgte – bzw. an die mitgeteilte letzte Anschrift gerichtete – Mitteilungen gegen sich gelten lassen muss; **die Adresse einer Organisation der Zivilgesellschaft kann als Registrierungsadresse verwendet werden;**

Or. en

### **Änderungsantrag 132**

**Kyriacos Triantaphyllides, Cornelis de Jong, Rui Tavares, Cornelia Ernst, Marie-Christine Vergiat**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 12 – Absatz 2 – Buchstabe d**

##### *Vorschlag der Kommission*

d) die zuständigen Behörden den Antragsteller sowie die von ihm mitgeführten Sachen durchsuchen dürfen, sofern die Durchsuchung von einer Person gleichen Geschlechts vorgenommen wird ;

##### *Geänderter Text*

d) die zuständigen Behörden den Antragsteller sowie die von ihm mitgeführten Sachen durchsuchen dürfen, sofern die Durchsuchung von einer Person gleichen Geschlechts vorgenommen wird, **die für alters- und kulturspezifische Fragestellungen sensibilisiert ist;**

Or. en

##### *Begründung*

*Dieser Verweis wird nur hinzugefügt, um ein einheitliches Vorgehen in der gesamten Richtlinie in Hinblick auf die menschenwürdige Behandlung von Antragstellern zu gewährleisten*

### **Änderungsantrag 133**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 12 – Absatz 2 – Buchstabe d**

##### *Vorschlag der Kommission*

d) die zuständigen Behörden den

##### *Geänderter Text*

d) die zuständigen Behörden den

Antragsteller sowie die von ihm mitgeführten Sachen durchsuchen dürfen, sofern die Durchsuchung von einer Person gleichen Geschlechts vorgenommen wird ;

Antragsteller sowie die von ihm mitgeführten Sachen durchsuchen dürfen, sofern die Durchsuchung von einer Person gleichen Geschlechts vorgenommen wird, **die das Prinzip der Menschenwürde und der körperlichen und geistigen Unversehrtheit voll und ganz respektiert ;**

Or. en

### **Änderungsantrag 134**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 13 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

1. Bevor die Asylbehörde eine Entscheidung trifft, wird dem Antragsteller Gelegenheit zu einer persönlichen Anhörung zu seinem Antrag auf internationalen Schutz durch einen nach einzelstaatlichem Recht zuständigen Bediensteten gegeben. Anhörungen zum Inhalt eines Antrags auf internationalen Schutz werden stets von einem Bediensteten der Asylbehörde durchgeführt.

##### *Geänderter Text*

1. Bevor die Asylbehörde eine Entscheidung trifft, wird dem Antragsteller Gelegenheit zu einer persönlichen Anhörung zu seinem Antrag auf internationalen Schutz **in einer Sprache, die er versteht**, durch einen nach einzelstaatlichem Recht zuständigen Bediensteten gegeben. Anhörungen zum Inhalt eines Antrags auf internationalen Schutz werden stets von einem Bediensteten der Asylbehörde durchgeführt.

Or. en

### **Änderungsantrag 135**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 13 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b**

##### *Vorschlag der Kommission*

b) die **zuständige Behörde** zu der Auffassung gelangt ist, dass der Antragsteller aufgrund dauerhafter Umstände, die sich seinem Einfluss entziehen, nicht zu einer Anhörung in der

##### *Geänderter Text*

b) die **Asylbehörde** zu der Auffassung gelangt ist, dass der Antragsteller aufgrund dauerhafter Umstände, die sich seinem Einfluss entziehen, nicht zu einer Anhörung in der Lage ist. Im Zweifelsfall

Lage ist. Im Zweifelsfall kann die **zuständige Behörde** einen medizinischen Gutachter beiziehen, um festzustellen, ob es sich um einen vorübergehenden oder dauerhaften Zustand handelt.

kann die **Asylbehörde** einen medizinischen Gutachter beiziehen, um festzustellen, ob es sich um einen vorübergehenden oder dauerhaften Zustand handelt.

Or. en

### **Änderungsantrag 136** **Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 13 – Absatz 2 – Unterabsatz 2**

##### *Vorschlag der Kommission*

Sieht **der Mitgliedstaat** gemäß Buchstabe b keine Gelegenheit zu einer persönlichen Anhörung des Antragstellers – oder gegebenenfalls der vom Antragsteller abhängigen Person – vor, so müssen angemessene Maßnahmen getroffen werden, damit der Antragsteller oder die von ihm abhängige Person weitere Informationen unterbreiten können.

##### *Geänderter Text*

Sieht **die Asylbehörde** gemäß Buchstabe b keine Gelegenheit zu einer persönlichen Anhörung des Antragstellers – oder gegebenenfalls der vom Antragsteller abhängigen Person – vor, so **erlaubt sie, dass** der Antragsteller oder die von ihm abhängige Person **die persönliche Anhörung verschiebt und** weitere Informationen unterbreitet.

Or. en

### **Änderungsantrag 137** **Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 13 – Absatz 3**

##### *Vorschlag der Kommission*

**3. Die Tatsache, dass keine persönliche Anhörung gemäß diesem Artikel stattfindet, hindert die Asylbehörde nicht daran, über den Antrag auf internationalen Schutz zu entscheiden.**

##### *Geänderter Text*

**entfällt**

Or. en

### **Änderungsantrag 138**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 14 – Absatz 3 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) gewährleisten die Mitgliedstaaten, dass die anhörende Person befähigt ist, die persönlichen **oder** allgemeinen Umstände des Antrags einschließlich der kulturellen Herkunft, der Geschlechtszugehörigkeit oder der Schutzbedürftigkeit des Antragstellers zu berücksichtigen;

*Geänderter Text*

a) gewährleisten die Mitgliedstaaten, dass die anhörende Person **qualifiziert, geschult und** befähigt ist, die persönlichen **und** allgemeinen Umstände des Antrags einschließlich der kulturellen Herkunft, der Geschlechtszugehörigkeit, **der sexuellen Ausrichtung** oder der Schutzbedürftigkeit des Antragstellers zu berücksichtigen;

Or. en

**Änderungsantrag 139  
Sophia in 't Veld**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 14 – Absatz 3 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) gewährleisten die Mitgliedstaaten, dass die anhörende Person befähigt ist, die persönlichen oder allgemeinen Umstände des Antrags einschließlich der kulturellen Herkunft, der Geschlechtszugehörigkeit oder der Schutzbedürftigkeit des Antragstellers zu berücksichtigen;

*Geänderter Text*

a) gewährleisten die Mitgliedstaaten, dass die anhörende Person befähigt ist, die persönlichen oder allgemeinen Umstände des Antrags einschließlich der kulturellen Herkunft, der Geschlechtszugehörigkeit, **der sexuellen Ausrichtung, der Geschlechtsidentität** oder der Schutzbedürftigkeit des Antragstellers zu berücksichtigen;

Or. en

**Änderungsantrag 140  
Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 14 – Absatz 3 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*



b) sehen die Mitgliedstaaten, **soweit möglich**, vor, dass die Anhörung von einer Person gleichen Geschlechts durchgeführt wird, wenn der Antragsteller darum ersucht;

b) sehen die Mitgliedstaaten vor, dass die Anhörung von einer Person gleichen Geschlechts durchgeführt wird, wenn der Antragsteller darum ersucht;

Or. en

## **Änderungsantrag 141** **Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 14 – Absatz 3 – Buchstabe c**

#### *Vorschlag der Kommission*

c) wählen die Mitgliedstaaten einen kompetenten Dolmetscher, der eine angemessene Verständigung zwischen dem Antragsteller und der anhörenden Person zu gewährleisten vermag. Die Verständigung muss nicht zwingend in der vom Antragsteller bevorzugten Sprache stattfinden, wenn es eine andere Sprache gibt, die er versteht und in der er sich klar ausdrücken kann. Die Mitgliedstaaten stellen, soweit möglich, einen Dolmetscher gleichen Geschlechts bereit, wenn der Antragsteller darum ersucht;

#### *Geänderter Text*

c) wählen die Mitgliedstaaten einen **qualifizierten, geschulten und** kompetenten Dolmetscher, der eine angemessene Verständigung zwischen dem Antragsteller und der anhörenden Person zu gewährleisten vermag. Die Verständigung muss nicht zwingend in der vom Antragsteller bevorzugten Sprache stattfinden, wenn es eine andere Sprache gibt, die er versteht und in der er sich klar ausdrücken kann. Die Mitgliedstaaten stellen, soweit möglich, einen Dolmetscher gleichen Geschlechts bereit, wenn der Antragsteller darum ersucht;

Or. en

## **Änderungsantrag 142** **Daniël van der Stoep**

### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 14 – Absatz 3 – Buchstabe d**

#### *Vorschlag der Kommission*

**d) stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die Person, die die Anhörung zum Inhalt des Antrags auf internationalen Schutz durchführt, keine Uniform trägt;**

#### *Geänderter Text*

**entfällt**

### Änderungsantrag 143

Anna Maria Corazza Bildt, Véronique Mathieu, Mariya Nedelcheva, Simon Busuttil

#### Vorschlag für eine Richtlinie

##### Artikel 14 – Absatz 3 – Buchstabe e

###### *Vorschlag der Kommission*

e) stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass Anhörungen von Minderjährigen kindgerecht durchgeführt werden.

###### *Geänderter Text*

e) stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass Anhörungen von Minderjährigen kindgerecht **und von einer Person mit den notwendigen Kenntnissen der besonderen Bedürfnisse und Rechte von Minderjährigen** durchgeführt werden.

Or. en

### Änderungsantrag 144

Monika Hohlmeier, Simon Busuttil

#### Vorschlag für eine Richtlinie

##### Artikel 15 – Einleitung

###### *Vorschlag der Kommission*

Wird eine persönliche Anhörung zum Inhalt eines Antrags auf internationalen Schutz durchgeführt, trägt die Asylbehörde dafür Sorge, dass dem Antragsteller **hinreichend** Gelegenheit gegeben wird, die zur Begründung seines Antrags notwendigen Angaben gemäß Artikel 4 Absätze 1 und 2 der Richtlinie [...]/EG [Anerkennungsrichtlinie] vorzubringen. Zu diesem Zweck stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass

###### *Geänderter Text*

Wird eine persönliche Anhörung zum Inhalt eines Antrags auf internationalen Schutz durchgeführt, trägt die Asylbehörde dafür Sorge, dass dem Antragsteller Gelegenheit gegeben wird, die zur Begründung seines Antrags notwendigen Angaben gemäß Artikel 4 Absätze 1 und 2 der Richtlinie [...]/EG [Anerkennungsrichtlinie] vorzubringen. Zu diesem Zweck stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass

Or. de

###### *Begründung*

*Die Formulierung "hinreichend Gelegenheit geben" ist rechtlich unklar. Eine einfachere Formulierung ohne den Zusatz "hinreichend" ist unmissverständlicher, gleichermaßen zweckentsprechend und daher zu bevorzugen.*

**Änderungsantrag 145**  
**Monika Hohlmeier, Simon Busuttil**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 15 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**a) die an den Antragsteller gerichteten Fragen für die Beurteilung, ob er internationalen Schutz im Sinne der Richtlinie [...]/EG [Anerkennungsrichtlinie] benötigt, relevant sind;** **entfällt**

Or. de

*Begründung*

*Es ist selbstverständlich, dass die an den Antragsteller gestellten Fragen auch für das Verfahren relevant sind. Jedoch muss zur Schaffung eines effizienten und im Normalfall 6-monatigen Verfahrens vermieden werden, Möglichkeiten zur Verschleppung des Verfahrens zu schaffen, in dem der Fragenkatalog anfechtbar gemacht wird.*

**Änderungsantrag 146**  
**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 15 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

b) der Antragsteller **hinreichend** Gelegenheit hat, sich zu fehlenden Angaben zu äußern, die für die Begründung seines Antrags notwendig sind, und/oder zu Abweichungen oder Widersprüchen in seinen Aussagen.

b) der Antragsteller Gelegenheit hat, sich zu fehlenden Angaben zu äußern, die für die Begründung seines Antrags notwendig sind, und/oder zu Abweichungen oder Widersprüchen in seinen Aussagen.

Or. de

*Begründung*

*Die Formulierung "hinreichend Gelegenheit geben" ist rechtlich unklar. Eine einfachere*

*Formulierung ohne den Zusatz "hinreichend" ist unmissverständlicher, gleichermaßen zweckentsprechend und daher zu bevorzugen.*

## **Änderungsantrag 147**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 16 – Absatz 5**

#### *Vorschlag der Kommission*

5. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Antragsteller **rechtzeitig** Einblick in die Niederschrift und gegebenenfalls den Bericht über die persönliche Anhörung nehmen kann, bevor die Asylbehörde über den Antrag entscheidet.

#### *Geänderter Text*

5. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Antragsteller **umgehend** Einblick in die Niederschrift und gegebenenfalls den Bericht über die persönliche Anhörung nehmen kann, bevor die Asylbehörde über den Antrag entscheidet.

Or. en

## **Änderungsantrag 148 Monika Hohlmeier, Simon Busuttil**

### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 17 – Absatz 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten **gestatten Antragstellern auf Antrag**, eine ärztliche Untersuchung **zu veranlassen**, um Aussagen über eine in der Vergangenheit erlittene Verfolgung oder einen in der Vergangenheit erlittenen ernsthaften Schaden zu belegen. Zu diesem Zweck räumen die Mitgliedstaaten den Antragstellern eine angemessene Frist für die Vorlage eines medizinischen Gutachtens bei der Asylbehörde ein.

#### *Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten **stellen sicher, dass vorbehaltlich der Zustimmung des Antragstellers** eine ärztliche Untersuchung **veranlasst wird**, um Aussagen über **posttraumatische Belastungsstörungen**, eine in der Vergangenheit erlittene Verfolgung oder einen in der Vergangenheit erlittenen ernsthaften Schaden zu belegen, **soweit die Asylbehörde dafür Anhaltspunkte hat und demzufolge die Fähigkeit angehört zu werden oder vollständige und kohärente Aussagen zu machen, eingeschränkt ist**. Zu diesem Zweck räumen die

Mitgliedstaaten den Antragstellern eine angemessene Frist für die Vorlage eines medizinischen Gutachtens bei der Asylbehörde ein.

Or. de

*Begründung*

*Im Rahmen des Regelungszwecks der Verfahrensrichtlinie muss sich die Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse auf die eingeschränkte Fähigkeit, das Verfahren effektiv betreiben zu können, berufen. Es muss dabei konkrete Anhaltspunkte dafür geben, dass der Antragsteller eingeschränkt ist, sein Verfahren adäquat zu betreiben. Darüber hinaus können Artikel 17 Absatz 1 und 2 sinnvoll in einem Absatz zusammengefasst werden.*

**Änderungsantrag 149**  
**Monika Hohlmeier, Simon Busuttil**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 17 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***2. Unbeschadet des Absatzes 1 gewährleistet die Asylbehörde in Fällen, in denen Grund zu der Annahme besteht, dass der Antragsteller unter einer posttraumatischen Belastungsstörung leidet, dass vorbehaltlich der Zustimmung des Antragstellers eine ärztliche Untersuchung durchgeführt wird.***

***entfällt***

Or. de

*Begründung*

*Artikel 17 Absatz 1 und 2 können in einem Absatz sinnvoll zusammengefasst und machen Absatz 2 damit überflüssig.*

**Änderungsantrag 150**

**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 17 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

3. Die Mitgliedstaaten treffen geeignete Vorkehrungen, um sicherzustellen, dass für die ärztliche Untersuchung im Sinne von Absatz 2 unparteiische und qualifizierte medizinische Gutachter zur Verfügung stehen.

*Geänderter Text*

3. Die Mitgliedstaaten treffen geeignete Vorkehrungen, um sicherzustellen, dass für die ärztliche Untersuchung im Sinne von Absatz 2 unparteiische und qualifizierte medizinische Gutachter, **wie zum Beispiel Amtsärzte oder spezialisierte Fachärzte**, zur Verfügung stehen.

Or. de

**Änderungsantrag 151**

**Anna Maria Corazza Bildt, Mariya Nedelcheva, Simon Busuttil, Véronique Mathieu**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 17 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

3. Die Mitgliedstaaten treffen geeignete Vorkehrungen, um sicherzustellen, dass für die ärztliche Untersuchung im Sinne von Absatz 2 unparteiische und qualifizierte medizinische Gutachter zur Verfügung stehen.

*Geänderter Text*

3. Die Mitgliedstaaten treffen geeignete Vorkehrungen, um sicherzustellen, dass für die ärztliche Untersuchung im Sinne von Absatz 2 unparteiische und qualifizierte medizinische Gutachter zur Verfügung stehen, **und dass die schonendste ärztliche Untersuchung gewählt wird, wenn es sich bei dem Antragsteller um einen Minderjährigen handelt.**

Or. en

**Änderungsantrag 152**

**Simon Busuttil, Georgios Papanikolaou**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 18 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

1. Personen, die internationalen Schutz

*Geänderter Text*

1. Personen, die internationalen Schutz

beantragen, erhalten ***in allen Phasen des Verfahrens, auch nach einer ablehnenden Entscheidung***, effektiv Gelegenheit, einen Rechtsanwalt oder sonstigen nach einzelstaatlichem Recht zugelassenen oder zulässigen Rechtsberater in Fragen ihres Antrags auf internationalen Schutz zu konsultieren.

beantragen, erhalten effektiv Gelegenheit, einen Rechtsanwalt oder sonstigen nach einzelstaatlichem Recht zugelassenen oder zulässigen Rechtsberater in Fragen ihres Antrags auf internationalen Schutz zu konsultieren.

Or. en

### **Änderungsantrag 153 Ernst Strasser**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 18 – Absatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

1. Personen, die internationalen Schutz beantragen, erhalten ***in allen Phasen des Verfahrens, auch nach einer ablehnenden Entscheidung***, effektiv Gelegenheit, einen Rechtsanwalt oder sonstigen nach einzelstaatlichem Recht zugelassenen oder zulässigen Rechtsberater in Fragen ihres Antrags auf internationalen Schutz zu konsultieren.

##### *Geänderter Text*

1. Personen, die internationalen Schutz beantragen, erhalten ***während der gesamten Verfahren gemäß Kapitel III und V*** effektiv Gelegenheit, einen Rechtsanwalt oder sonstigen nach einzelstaatlichem Recht zugelassenen oder zulässigen Rechtsberater in Fragen ihres Antrags auf internationalen Schutz zu konsultieren.

Or. en

### **Änderungsantrag 154 Monika Hohlmeier**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 18 – Absatz 2 – Einleitung**

##### *Vorschlag der Kommission*

2. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass auf Antrag ***vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 3 unentgeltlich*** Rechtsberatung und/oder -vertretung gewährt wird. ***Zu diesem Zweck sehen die Mitgliedstaaten.***

##### *Geänderter Text*

2. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass auf Antrag ***die erforderliche*** Rechtsberatung und/oder -vertretung ***gemäß einschlägigen einzelstaatlichen Rechtsvorschriften oder Bestimmungen zur Prozesskostenhilfe kostenlos*** gewährt wird.

*Begründung*

*Das Recht der Prozesskostenhilfe und der Rechtsdienstleistungen ist nicht vergemeinschaftet. Es ist daher nicht gerechtfertigt, dass ein Asylbewerber im Asylverfahren vor den Verwaltungsbehörden und dem Gericht bessergestellt wird als ein Staatsangehöriger oder Ausländer in anderen Verfahren, die sich nach nationalem Recht bestimmen.*

**Änderungsantrag 155**  
**Mario Borghezio**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 18 – Absatz 2 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

2. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass auf Antrag vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 3 unentgeltlich Rechtsberatung und/oder -vertretung gewährt wird. Zu diesem Zweck sehen die Mitgliedstaaten

*Geänderter Text*

2. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass auf Antrag vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 3 unentgeltlich Rechtsberatung und/oder -vertretung gewährt wird, ***falls der Antragsteller die Kosten dafür nicht übernehmen kann***. Zu diesem Zweck sehen die Mitgliedstaaten

Or. it

**Änderungsantrag 156**  
**Kyriacos Triantaphyllides, Cornelis de Jong, Rui Tavares, Cornelia Ernst, Marie-Christine Vergiat**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 18 – Absatz 2 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

2. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass auf Antrag vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 3 unentgeltlich Rechtsberatung ***und/oder*** -vertretung gewährt wird. Zu diesem Zweck sehen die Mitgliedstaaten

*Geänderter Text*

2. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass auf Antrag vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 3 unentgeltlich Rechtsberatung ***und*** -vertretung gewährt wird. Zu diesem Zweck sehen die Mitgliedstaaten



## Änderungsantrag 157

Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 18 – Absatz 2 – Einleitung

#### *Vorschlag der Kommission*

2. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass auf **Antrag vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 3** unentgeltlich Rechtsberatung und/oder -vertretung gewährt wird. Zu diesem Zweck sehen die Mitgliedstaaten

#### *Geänderter Text*

2. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass **gemäß Absatz 1** auf Antrag unentgeltlich Rechtsberatung und/oder -vertretung gewährt wird. Zu diesem Zweck sehen die Mitgliedstaaten

## Änderungsantrag 158 Simon Busuttil, Georgios Papanikolaou

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 18 – Absatz 2 – Einleitung

#### *Vorschlag der Kommission*

2. **Die** Mitgliedstaaten **stellen** sicher, dass auf Antrag vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 3 unentgeltlich Rechtsberatung und/oder -vertretung gewährt wird. Zu diesem Zweck sehen die Mitgliedstaaten

#### *Geänderter Text*

2. **Im Falle einer ablehnenden Entscheidung einer Asylbehörde stellen die** Mitgliedstaaten sicher, dass auf Antrag kostenlose Rechtsberatung und/oder -vertretung vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 3 gewährt wird. Zu diesem Zweck sehen die Mitgliedstaaten

## Änderungsantrag 159 Monika Hohlmeier, Ernst Strasser

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe a

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**a) unentgeltliche Rechtsberatung in Verfahren nach Kapitel III vor, die zumindest die Erteilung von Auskünften zum Verfahren unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Antragstellers sowie die Erklärung der tatsächlichen und rechtlichen Gründe im Falle einer ablehnenden Entscheidung umfasst;**

**entfällt**

Or. de

**Änderungsantrag 160  
Simon Busuttil, Georgios Papanikolaou**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**a) unentgeltliche Rechtsberatung in Verfahren nach Kapitel III vor, die zumindest die Erteilung von Auskünften zum Verfahren unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Antragstellers sowie die Erklärung der tatsächlichen und rechtlichen Gründe im Falle einer ablehnenden Entscheidung umfasst;**

**entfällt**

Or. en

**Änderungsantrag 161  
Nadja Hirsch**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

a) unentgeltliche **Rechtsberatung** in Verfahren nach Kapitel III vor, die zumindest die Erteilung von Auskünften

a) unentgeltliche **Beratung hinsichtlich der Abläufe und Rechtslage** in Verfahren nach Kapitel III vor, die zumindest die

zum Verfahren unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Antragstellers sowie die Erklärung der tatsächlichen und rechtlichen Gründe im Falle einer ablehnenden Entscheidung umfasst;

Erteilung von Auskünften zum Verfahren unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Antragstellers, **die Vorbereitung der notwendigen Verfahrensunterlagen, auch im Rahmen eines persönlichen Gesprächs**, sowie die Erklärung der tatsächlichen und rechtlichen Gründe im Falle einer ablehnenden Entscheidung umfasst. **Die Beratung kann von einer staatlich unabhängigen Stelle oder durch qualifizierte Fachkräfte durchgeführt werden;**

Or. de

**Änderungsantrag 162**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) unentgeltliche Rechtsberatung in Verfahren nach Kapitel III vor, die zumindest die Erteilung von Auskünften zum Verfahren unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Antragstellers sowie die Erklärung der tatsächlichen und rechtlichen Gründe im Falle einer ablehnenden Entscheidung umfasst;

*Geänderter Text*

a) unentgeltliche Rechtsberatung in Verfahren nach Kapitel III vor, die zumindest die Erteilung von Auskünften zum Verfahren unter Berücksichtigung der besonderen Umstände des Antragstellers, **die Unterstützungen bei der Vorbereitung oder Zusammenstellung zweckdienlicher Unterlagen, die Vertretung in allen Phasen des Verfahrens, einschließlich während der persönlichen Anhörung**, sowie die Erklärung der tatsächlichen und rechtlichen Gründe im Falle einer ablehnenden Entscheidung umfasst;

Or. en

**Änderungsantrag 163**  
**Monika Hohlmeier, Ernst Strasser**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**b) unentgeltliche Rechtsberatung oder –  
vertretung in Verfahren nach Kapitel V  
vor, die zumindest die Vorbereitung der  
erforderlichen Verfahrensdokumente und  
die Teilnahme an der Verhandlung vor  
einem erstinstanzlichen Gericht im  
Namen des Antragstellers umfasst.**

**entfällt**

Or. de

**Änderungsantrag 164  
Simon Busuttil, Georgios Papanikolaou**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**b) unentgeltliche Rechtsberatung oder –  
vertretung in Verfahren nach Kapitel V  
vor, die zumindest die Vorbereitung der  
erforderlichen Verfahrensdokumente und  
die Teilnahme an der Verhandlung vor  
einem erstinstanzlichen Gericht im  
Namen des Antragstellers umfasst.**

**entfällt**

Or. en

**Änderungsantrag 165  
Kyriacos Triantaphyllides, Cornelis de Jong, Rui Tavares, Cornelia Ernst, Marie-  
Christine Vergiat**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 18 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

b) unentgeltliche Rechtsberatung **oder** –  
vertretung in Verfahren nach Kapitel V  
vor, die zumindest die Vorbereitung der  
erforderlichen Verfahrensdokumente und  
die Teilnahme an der Verhandlung vor  
einem erstinstanzlichen Gericht im Namen

b) unentgeltliche Rechtsberatung **und** –  
vertretung in Verfahren nach Kapitel V  
vor, die zumindest die Vorbereitung der  
erforderlichen Verfahrensdokumente und  
die Teilnahme an der Verhandlung vor  
einem erstinstanzlichen Gericht im Namen

des Antragstellers umfasst.

des Antragstellers umfasst.

Or. en

### **Änderungsantrag 166**

**Monika Hohlmeier**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 18 – Absatz 3 – Unterabsatz 1 – Einleitung**

##### *Vorschlag der Kommission*

3. Die Mitgliedstaaten können in ihren einzelstaatlichen Rechtsvorschriften vorsehen, dass unentgeltliche Rechtsberatung und/oder -vertretung nur gewährt wird

##### *Geänderter Text*

3. Die Mitgliedstaaten können in ihren einzelstaatlichen Rechtsvorschriften **insbesondere** vorsehen, dass unentgeltliche Rechtsberatung und/oder -vertretung nur gewährt wird

Or. de

### **Änderungsantrag 167**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 18 – Absatz 3 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a**

##### *Vorschlag der Kommission*

**a) für Personen, die nicht über die nötigen finanziellen Mittel verfügen, und/oder**

**entfällt**

##### *Geänderter Text*

Or. en

### **Änderungsantrag 168**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 18 – Absatz 3 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b**

##### *Vorschlag der Kommission*

**b) für Rechtsanwälte oder sonstige Rechtsberater, die nach einzelstaatlichem Recht zur Unterstützung und/oder**

**entfällt**

##### *Geänderter Text*

*Vertretung von Personen, die internationalen Schutz beantragen, bestimmt wurden.*

Or. en

**Änderungsantrag 169**  
**Simon Busuttil, Georgios Papanikolaou**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 18 – Absatz 3 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***ba) für die Verfahren vor Gericht nach Kapitel V und nicht für nachfolgende im nationalen Recht vorgesehene Rechtsbehelfe, einschließlich erneuter Rechtsbehelfsverfahren und/oder und/oder***

Or. en

**Änderungsantrag 170**  
**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 18 – Absatz 3 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***ba) bei hinreichenden Erfolgsaussichten des Rechtsbehelfs.***

Or. de

*Begründung*

*Ohne hinreichende Erfolgsaussichten des Rechtsbehelfs besteht die Gefahr der unnötigen Verfahrensverzögerung und des Missbrauchs.*

**Änderungsantrag 171**

**Simon Busuttil, Georgios Papanikolaou**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 18 – Absatz 3 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***bb) bei hinreichenden Erfolgsaussichten  
des Rechtsbehelfs.***

Or. en

**Änderungsantrag 172**

**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 18 – Absatz 3 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***In Bezug auf die Verfahren nach Kapitel V können die Mitgliedstaaten beschließen, den Antragstellern unentgeltliche Rechtsberatung und/oder -vertretung nur soweit zur Verfügung zu stellen, wie dieser Beistand zur Gewährleistung eines wirksamen Rechtsschutzes erforderlich ist.*** Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die nach ***diesem Absatz*** gewährte Rechtsberatung und/oder -vertretung nicht willkürlich eingeschränkt wird.

Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die nach ***Buchstabe d*** gewährte Rechtsberatung und/oder -vertretung nicht willkürlich eingeschränkt wird.

Or. de

**Änderungsantrag 173**

**Mario Borghezio**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 18 – Absatz 3 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

In Bezug auf die Verfahren nach Kapitel V können die Mitgliedstaaten beschließen, den Antragstellern unentgeltliche Rechtsberatung und/oder -vertretung nur

In Bezug auf die Verfahren nach Kapitel V können die Mitgliedstaaten beschließen, den Antragstellern unentgeltliche Rechtsberatung und/oder -vertretung nur

soweit zur Verfügung zu stellen, wie dieser Beistand zur Gewährleistung eines wirksamen Rechtsschutzes erforderlich ist.

***Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die nach diesem Absatz gewährte Rechtsberatung und/oder -vertretung nicht willkürlich eingeschränkt wird.***

soweit zur Verfügung zu stellen, wie dieser Beistand zur Gewährleistung eines wirksamen Rechtsschutzes erforderlich ist, ***nachdem festgestellt wurde, dass die Antragsteller die Kosten dafür nicht übernehmen können.***

Or. it

## **Änderungsantrag 174**

**Ernst Strasser**

### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 18 – Absatz 3 – Unterabsatz 2**

##### *Vorschlag der Kommission*

***In Bezug auf die Verfahren nach Kapitel V können die Mitgliedstaaten beschließen, den Antragstellern unentgeltliche Rechtsberatung und/oder -vertretung nur soweit zur Verfügung zu stellen, wie dieser Beistand zur Gewährleistung eines wirksamen Rechtsschutzes erforderlich ist. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die nach diesem Absatz gewährte Rechtsberatung und/oder -vertretung nicht willkürlich eingeschränkt wird.***

##### *Geänderter Text*

***Die Mitgliedstaaten können beschließen, den Antragstellern unentgeltliche Rechtsberatung und/oder -vertretung nur soweit zur Verfügung zu stellen, wie dieser Beistand zur Gewährleistung eines wirksamen Rechtsschutzes erforderlich ist. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die nach diesem Absatz gewährte Rechtsberatung und/oder -vertretung nicht willkürlich eingeschränkt wird.***

Or. en

## **Änderungsantrag 175**

**Nadja Hirsch**

### **Vorschlag für eine Richtlinie**

#### **Artikel 18 – Absatz 3 – Unterabsatz 2**

##### *Vorschlag der Kommission*

In Bezug auf die Verfahren nach Kapitel V können die Mitgliedstaaten beschließen, den Antragstellern unentgeltliche Rechtsberatung und/oder -vertretung nur soweit zur Verfügung zu stellen, wie dieser

##### *Geänderter Text*

In Bezug auf die Verfahren nach Kapitel V können die Mitgliedstaaten beschließen, den Antragstellern unentgeltliche Rechtsberatung und/oder -vertretung nur soweit zur Verfügung zu stellen, wie dieser



Beistand zur Gewährleistung eines wirksamen Rechtsschutzes erforderlich ist. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die nach diesem Absatz gewährte Rechtsberatung und/oder -vertretung nicht willkürlich eingeschränkt wird.

Beistand zur Gewährleistung eines wirksamen Rechtsschutzes erforderlich ist. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass die nach diesem Absatz gewährte Rechtsberatung und/oder -vertretung nicht willkürlich eingeschränkt wird, **aber andererseits auch nur gewährt wird, wenn hinreichende Aussicht auf Erfolg besteht.**

Or. de

**Änderungsantrag 176**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 18 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

5. Die Mitgliedstaaten **können** Nichtregierungsorganisationen **erlauben**, Personen, die internationalen Schutz beantragen, in Verfahren nach Kapitel III und/oder Kapitel V unentgeltlich Rechtsberatung und/oder -vertretung zu gewähren.

*Geänderter Text*

5. Die Mitgliedstaaten **erlauben und erleichtern es** Nichtregierungsorganisationen, Personen, die internationalen Schutz beantragen, in Verfahren nach Kapitel III und/oder Kapitel V unentgeltlich Rechtsberatung und/oder -vertretung zu gewähren.

Or. en

**Änderungsantrag 177**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 18 – Absatz 7**

*Vorschlag der Kommission*

**7. Die Mitgliedstaaten können verlangen, dass der Antragsteller ihnen die entstandenen Ausgaben ganz oder teilweise zurückerstattet, wenn sich seine finanzielle Lage beträchtlich verbessert hat oder wenn die Entscheidung zur Gewährung solcher Leistungen aufgrund falscher Angaben des Antragstellers getroffen wurde.**

**entfällt**

*Geänderter Text*

**Änderungsantrag 178**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 19 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Rechtsanwalt oder ein sonstiger nach einzelstaatlichem Recht zugelassener oder zulässiger Rechtsberater, der einen Antragsteller gemäß den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften unterstützt oder vertritt, Zugang zu den *in den* Akten des Antragstellers **enthaltenen Informationen** erhält, auf deren Grundlage über den Antrag entschieden wurde oder entschieden wird.

*Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der Rechtsanwalt oder ein sonstiger nach einzelstaatlichem Recht zugelassener oder zulässiger Rechtsberater, der einen Antragsteller gemäß den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften unterstützt oder vertritt, **uneingeschränkten und unverzüglichen** Zugang zu den Akten des Antragstellers erhält, auf deren Grundlage über den Antrag entschieden wurde oder entschieden wird.

**Änderungsantrag 179**  
**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 19 – Absatz 1 – Unterabsatz 2 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

**a) zumindest einem Rechtsanwalt oder sonstigen Rechtsberater, der einer Sicherheitsprüfung unterzogen wurde, Zugang zu den Informationen oder Quellen, soweit diese Informationen für die Prüfung des Antrags oder für die Entscheidung zur Aberkennung des internationalen Schutzstatus relevant sind;**

*Geänderter Text*

**entfällt**

## Begründung

*Für die Wahrung von Sicherheitsinteressen ist eine Sicherheitsüberprüfung von Rechtsanwälten nicht ausreichend. Darüber hinaus ist Praktikabilität einer Sicherheitsprüfung fraglich.*

### **Änderungsantrag 180** **Nadja Hirsch**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 19 – Absatz 3**

##### *Vorschlag der Kommission*

3. Die Mitgliedstaaten erlauben dem Antragsteller, sich bei der persönlichen Anhörung von einem Rechtsanwalt oder sonstigen nach einzelstaatlichem Recht zugelassenen oder zulässigen Rechtsberater begleiten zu lassen.

##### *Geänderter Text*

3. Die Mitgliedstaaten erlauben dem Antragsteller, sich bei der persönlichen Anhörung von einem Rechtsanwalt oder sonstigen nach einzelstaatlichem Recht zugelassenen oder zulässigen Rechtsberater **oder einer qualifizierten Fachkraft** begleiten zu lassen.

Or. de

### **Änderungsantrag 181** **Monika Hohlmeier, Simon Busuttil**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 20 – Absatz 1**

##### *Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten treffen geeignete Vorkehrungen, um sicherzustellen, dass Antragsteller **mit besonderen Bedürfnissen** Gelegenheit erhalten, in ihrem Antrag möglichst vollständige Angaben zu machen und alle verfügbaren Beweise vorzulegen. Erforderlichenfalls wird ihnen eine Fristverlängerung eingeräumt, damit sie Beweismittel beibringen oder andere notwendige Verfahrenshandlungen vornehmen können.

##### *Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten treffen geeignete Vorkehrungen, um sicherzustellen, dass Antragsteller, **die nach Auffassung der Asylbehörde Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt im Sinne von Artikel 21 der Richtlinie [...]/.../EG] [zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten (Aufnahmerichtlinie)] erlitten haben**, Gelegenheit **und Unterstützung** erhalten, in ihrem Antrag möglichst vollständige

Angaben zu machen und alle verfügbaren Beweise vorzulegen. Erforderlichenfalls wird ihnen eine Fristverlängerung eingeräumt, damit sie Beweismittel beibringen oder andere notwendige Verfahrenshandlungen vornehmen können.

Or. de

*Begründung*

*Artikel 20 Absatz 1 und 2 können in einem Absatz zusammengefasst werden. Hierbei muss sichergestellt werden, dass die betroffenen Personen Gelegenheit und die nötige Unterstützung erhalten.*

**Änderungsantrag 182**  
**Monika Hohlmeier, Simon Busuttil**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 20 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***2. In Fällen, in denen ein Antragsteller nach Auffassung der Asylbehörde Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt im Sinne von Artikel 21 der Richtlinie [...]/EG] [zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten (Aufnahmerichtlinie)] erlitten hat, wird dem Antragsteller ausreichend Zeit und eine entsprechende Unterstützung gewährt, damit er sich auf die persönliche Anhörung zum Inhalt seines Antrags vorbereiten kann.***

***entfällt***

Or. de

*Begründung*

*Artikel 20 Absatz 2 wird durch die Erweiterung von Absatz 1 abgedeckt und damit überflüssig.*

## Änderungsantrag 183

Kyriacos Triantaphyllides, Cornelis de Jong, Rui Tavares, Cornelia Ernst, Marie-Christine Vergiat

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Artikel 20 – Absatz 2

##### *Vorschlag der Kommission*

2. In Fällen, in denen ein Antragsteller nach Auffassung der Asylbehörde Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt im Sinne von Artikel 21 der Richtlinie [.../.../EG] [zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten (Aufnahmerichtlinie)] erlitten hat, wird dem Antragsteller ausreichend Zeit und eine entsprechende Unterstützung gewährt, damit er sich auf die persönliche Anhörung zum Inhalt seines Antrags vorbereiten kann.

##### *Geänderter Text*

2. In Fällen, in denen ein Antragsteller nach Auffassung der Asylbehörde Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt im Sinne von Artikel 21 der Richtlinie [.../.../EG] [zur Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern in den Mitgliedstaaten (Aufnahmerichtlinie)] erlitten hat, wird dem Antragsteller ausreichend Zeit und eine entsprechende Unterstützung gewährt, damit er sich auf die persönliche Anhörung zum Inhalt seines Antrags vorbereiten kann. ***Besonderes Augenmerk gilt den Antragstellern, die ihre sexuelle Ausrichtung nicht sofort angeben haben.***

Or. en

## Änderungsantrag 184

Monika Hohlmeier, Simon Busuttil

### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Artikel 20 – Absatz 3

##### *Vorschlag der Kommission*

***3. Artikel 27 Absätze 6 und 7 findet auf Antragsteller im Sinne von Absatz 2 keine Anwendung.***

##### *Geänderter Text*

***entfällt***

Or. de

## Begründung

*Es besteht keine Notwendigkeit, das beschleunigten Verfahren bzw. die für die Ablehnung von Asylanträgen als offensichtlich unbegründet geltenden Regelungen bei Antragstellern mit besonderen Bedürfnissen nicht anzuwenden. Die Ablehnung des Schutzantrags als offensichtlich unbegründet setzt stets voraus, dass der Sachverhalt vollständig geprüft wurde. Erweist sich der Antrag nach umfassender Prüfung als eindeutig aussichtslos, gibt es keinen Grund für eine Verlängerung des Verfahrens.*

### Änderungsantrag 185

**Monika Hohlmeier**

#### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Artikel 21 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a

##### *Vorschlag der Kommission*

a) ergreifen die Mitgliedstaaten so bald wie möglich Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass ein Vertreter bestellt wird, der den unbegleiteten Minderjährigen bei der Antragstellung und der Prüfung des Antrags vertritt und unterstützt. Der Vertreter muss unparteiisch und im Umgang mit Kindern versiert sein. Bei diesem Vertreter kann es sich auch um den Vertreter im Sinne der Richtlinie [.../.../EG]<sup>17</sup> [Aufnahmerichtlinie]handeln;

##### *Geänderter Text*

a) ergreifen die Mitgliedstaaten so bald wie möglich Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass ein Vertreter **der zuständigen staatlichen Stelle** bestellt wird, der den unbegleiteten Minderjährigen bei der Antragstellung und der Prüfung des Antrags vertritt und unterstützt. Der Vertreter muss unparteiisch und im Umgang mit Kindern versiert sein. Bei diesem Vertreter kann es sich auch um den Vertreter im Sinne der Richtlinie [.../.../EG]<sup>17</sup> [Aufnahmerichtlinie]handeln;

Or. de

### Änderungsantrag 186

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

#### Vorschlag für eine Richtlinie

#### Artikel 21 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a

##### *Vorschlag der Kommission*

a) ergreifen die Mitgliedstaaten **so bald wie möglich** Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass ein Vertreter bestellt wird, der den unbegleiteten Minderjährigen bei der Antragstellung und der Prüfung des

##### *Geänderter Text*

a) ergreifen die Mitgliedstaaten **unverzüglich** Maßnahmen, um zu gewährleisten, dass ein Vertreter bestellt wird, der den unbegleiteten Minderjährigen bei der Antragstellung und der Prüfung des

Antrags vertritt und unterstützt. Der Vertreter muss unparteiisch und im Umgang mit Kindern versiert sein. Bei diesem Vertreter kann es sich auch um den Vertreter im Sinne der Richtlinie [...] / [...] / EG] [Aufnahmerichtlinie] handeln;

Antrags vertritt und unterstützt. Der Vertreter muss unparteiisch und im Umgang mit Kindern versiert sein. Bei diesem Vertreter kann es sich auch um den Vertreter im Sinne der Richtlinie [...] / [...] / EG] [Aufnahmerichtlinie] handeln;

Or. en

## **Änderungsantrag 187**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

### **Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 21 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b**

#### *Vorschlag der Kommission*

b) stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass der Vertreter **Gelegenheit erhält**, den unbegleiteten Minderjährigen über die Bedeutung und die möglichen Konsequenzen seiner persönlichen Anhörung sowie gegebenenfalls darüber **aufzuklären**, wie er sich auf seine persönliche Anhörung vorbereiten kann. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ein Vertreter und/oder ein Rechtsanwalt oder ein sonstiger nach einzelstaatlichem Recht zugelassener Rechtsberater bei dieser Anhörung anwesend ist und innerhalb des von der anhörenden Person festgelegten Rahmens Gelegenheit erhält, Fragen zu stellen und Bemerkungen vorzubringen.

#### *Geänderter Text*

b) stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass der Vertreter den unbegleiteten Minderjährigen über die Bedeutung und die möglichen Konsequenzen seiner persönlichen Anhörung sowie gegebenenfalls darüber **aufklärt**, wie er sich auf seine persönliche Anhörung vorbereiten kann. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ein Vertreter und/oder ein Rechtsanwalt oder ein sonstiger nach einzelstaatlichem Recht zugelassener Rechtsberater bei dieser Anhörung anwesend ist und innerhalb des von der anhörenden Person festgelegten Rahmens Gelegenheit erhält, Fragen zu stellen und Bemerkungen vorzubringen.

Or. en

## **Änderungsantrag 188**

**Nadja Hirsch**

### **Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 21 – Absatz 1 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b**

#### *Vorschlag der Kommission*

b) stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass der Vertreter Gelegenheit erhält, den

#### *Geänderter Text*

b) stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass der Vertreter Gelegenheit erhält, den

unbegleiteten Minderjährigen über die Bedeutung und die möglichen Konsequenzen seiner persönlichen Anhörung sowie gegebenenfalls darüber aufzuklären, wie er sich auf seine persönliche Anhörung vorbereiten kann. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ein Vertreter und/oder ein Rechtsanwalt oder ein sonstiger nach einzelstaatlichem Recht zugelassener Rechtsberater bei dieser Anhörung anwesend ist und innerhalb des von der anhörenden Person festgelegten Rahmens Gelegenheit erhält, Fragen zu stellen und Bemerkungen vorzubringen.

unbegleiteten Minderjährigen über die Bedeutung und die möglichen Konsequenzen seiner persönlichen Anhörung sowie gegebenenfalls darüber aufzuklären, wie er sich auf seine persönliche Anhörung vorbereiten kann. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ein Vertreter und/oder ein Rechtsanwalt oder ein sonstiger nach einzelstaatlichem Recht zugelassener Rechtsberater **oder eine qualifizierte Fachkraft** bei dieser Anhörung anwesend ist und innerhalb des von der anhörenden Person festgelegten Rahmens Gelegenheit erhält, Fragen zu stellen und Bemerkungen vorzubringen.

Or. de

## **Änderungsantrag 189** **Monika Hohlmeier**

### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 21 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**2. Die Mitgliedstaaten können davon absehen, einen Vertreter zu bestellen, wenn der unbegleitete Minderjährige**

**entfällt**

**a) aller Wahrscheinlichkeit nach vor der erstinstanzlichen Entscheidung die Volljährigkeit erreichen wird oder**

**b) verheiratet ist oder bereits verheiratet war.**

Or. de

*Begründung*

*Angesichts der Möglichkeit einer Zwangsheirat sollte der verheiratete Minderjährige wie jeder andere Minderjährige einen Vertreter zur Seite gestellt bekommen.*

## **Änderungsantrag 190**



**Mario Borghezio**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 21 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**b) verheiratet ist oder bereits verheiratet war.**

**entfällt**

Or. it

**Änderungsantrag 191**

**Anna Maria Corazza Bildt, Véronique Mathieu, Mariya Nedelcheva, Simon Busuttil**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 21 – Absatz 3 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

a) die persönliche Anhörung eines unbegleiteten Minderjährigen nach den Artikeln 13, 14 und 15 von einer Person durchgeführt wird, die mit den besonderen Bedürfnissen Minderjähriger vertraut ist;

a) die persönliche Anhörung eines unbegleiteten Minderjährigen nach den Artikeln 13, 14 und 15 von einer Person durchgeführt wird, die mit den besonderen Bedürfnissen **und Rechten** Minderjähriger vertraut ist;

Or. en

**Änderungsantrag 192**

**Anna Maria Corazza Bildt, Mariya Nedelcheva, Simon Busuttil, Véronique Mathieu**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 21 – Absatz 3 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

b) die Entscheidung der Asylbehörde über einen Antrag eines unbegleiteten Minderjährigen von einem Bediensteten vorbereitet wird, der mit den besonderen Bedürfnissen Minderjähriger vertraut ist.

b) die Entscheidung der Asylbehörde über einen Antrag eines unbegleiteten Minderjährigen von einem Bediensteten vorbereitet wird, der mit den besonderen Bedürfnissen **und Rechten** Minderjähriger vertraut ist.

Or. en

**Änderungsantrag 193**  
**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 21 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

4. Unbegleitete Minderjährige erhalten vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 18 für alle in dieser Richtlinie vorgesehenen Verfahren unentgeltliche Rechtsberatung.

*Geänderter Text*

4. Unbegleitete Minderjährige erhalten vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 18 für alle in dieser Richtlinie vorgesehenen Verfahren unentgeltliche Rechtsberatung, **soweit dies nach den persönlichen Umständen erforderlich und möglich ist.**

***Für die Verfahren nach Kapitel V dieser Richtlinie können die Mitgliedstaaten vorsehen, dass dies auf Fälle der hinreichenden Erfolgsaussicht der Rechtsbehelf beschränkt wird.***

Or. de

*Begründung*

*Finanzielle Unterstützung zur Rechtsberatung sollte nur in Fällen geleistet werden, in denen der unbegleitete Minderjährige nicht über die entsprechenden Mittel verfügt. Ist der unbegleitete Minderjährige in der Lage, die Rechtsberatung selbständig zu finanzieren, ist eine staatliche Finanzierung nicht zu rechtfertigen.*

**Änderungsantrag 194**

**Kyriacos Triantaphyllides, Cornelis de Jong, Rui Tavares, Cornelia Ernst, Marie-Christine Vergiat**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 21 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

4. Unbegleitete Minderjährige erhalten vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 18 für alle in dieser Richtlinie vorgesehenen Verfahren unentgeltliche Rechtsberatung.

*Geänderter Text*

4. Unbegleitete Minderjährige erhalten vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 18 für alle in dieser Richtlinie vorgesehenen Verfahren unentgeltliche Rechtsberatung **und -vertretung.**

**Änderungsantrag 195**  
**Nadja Hirsch**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 21 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

4. Unbegleitete Minderjährige erhalten vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 18 für alle in dieser Richtlinie vorgesehenen Verfahren unentgeltliche **Rechtsberatung**.

*Geänderter Text*

4. Unbegleitete Minderjährige **und der bestellte Vertreter** erhalten vorbehaltlich der Bestimmungen des Artikels 18 für alle in dieser Richtlinie vorgesehenen Verfahren unentgeltliche **Beratung hinsichtlich der Abläufe und Rechtslage im Verfahren. Die Beratung kann von einer staatlich unabhängigen Stelle oder durch qualifizierte Fachkräfte durchgeführt werden.**

**Änderungsantrag 196**  
**Kyriacos Triantaphyllides, Rui Tavares, Cornelia Ernst, Marie-Christine Vergiat**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 21 – Absatz 5 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

5. Die Mitgliedstaaten können im Rahmen der Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz ärztliche Untersuchungen zur Bestimmung des Alters unbegleiteter Minderjähriger durchführen lassen, wenn aufgrund der Aussagen dieser Minderjährigen oder anderer einschlägiger Beweise Zweifel bezüglich der Altersangabe bestehen.

*Geänderter Text*

5. Die Mitgliedstaaten können im Rahmen der Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz ärztliche Untersuchungen zur Bestimmung des Alters unbegleiteter Minderjähriger durchführen lassen, wenn aufgrund der Aussagen dieser Minderjährigen oder anderer einschlägiger Beweise Zweifel bezüglich der Altersangabe bestehen. **Bestehen die Zweifel nach der ärztlichen Untersuchung fort, wird stets zum Wohle des unbegleiteten Minderjährigen entschieden.**

**Änderungsantrag 197**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 21 – Absatz 5 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

5. Die Mitgliedstaaten können im Rahmen der Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz ärztliche Untersuchungen zur Bestimmung des Alters unbegleiteter Minderjähriger durchführen lassen, wenn aufgrund der Aussagen dieser Minderjährigen oder anderer einschlägiger Beweise Zweifel bezüglich der Altersangabe bestehen.

*Geänderter Text*

5. Die Mitgliedstaaten können im Rahmen der Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz ärztliche Untersuchungen zur Bestimmung des Alters unbegleiteter Minderjähriger durchführen lassen, wenn aufgrund der Aussagen dieser Minderjährigen oder anderer einschlägiger Beweise Zweifel bezüglich der Altersangabe bestehen. ***Im Zweifelsfall wird stets zu Gunsten des Minderjährigen entschieden.***

Or. en

**Änderungsantrag 198**  
**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 21 – Absatz 5 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Die ärztliche Untersuchung wird unter uneingeschränkter Achtung der Würde der Person und mit ***den schonendsten*** Methoden durchgeführt.

*Geänderter Text*

Die ärztliche Untersuchung wird unter uneingeschränkter Achtung der Würde der Person und mit ***schonenden*** Methoden durchgeführt.

Or. de

*Begründung*

*Sprachliche Anpassung an die englische Fassung ("less invasive")*

**Änderungsantrag 199**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 21 – Absatz 5 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Die ärztliche Untersuchung wird unter uneingeschränkter Achtung der Würde der Person und mit den schonendsten Methoden durchgeführt.

*Geänderter Text*

Die ärztliche Untersuchung wird unter uneingeschränkter Achtung der Würde der Person und mit den **verlässlichsten und** schonendsten Methoden durchgeführt.

Or. en

**Änderungsantrag 200**

**Anna Maria Corazza Bildt, Mariya Nedelcheva, Simon Busuttil, Véronique Mathieu**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 21 – Absatz 5 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Die ärztliche Untersuchung wird unter uneingeschränkter Achtung der Würde der Person und mit den schonendsten Methoden durchgeführt.

*Geänderter Text*

Die ärztliche Untersuchung wird unter uneingeschränkter Achtung der Würde der Person und mit den schonendsten Methoden **von qualifizierten und unparteiischen medizinischen Gutachtern** durchgeführt.

Or. en

**Änderungsantrag 201**

**Monika Hohlmeier, Simon Busuttil**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 21 – Absatz 5 – Unterabsatz 3 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

a) unbegleitete Minderjährige vor der Prüfung ihres Antrags auf internationalen Schutz in einer Sprache, **die sie verstehen**, über die Möglichkeit der Altersbestimmung im Wege einer ärztlichen Untersuchung informiert werden. Diese Information umfasst eine Aufklärung über die Untersuchungsmethode, über die

*Geänderter Text*

a) unbegleitete Minderjährige vor der Prüfung ihres Antrags auf internationalen Schutz in einer Sprache, **deren Kenntnis vernünftigerweise vorausgesetzt werden kann**, über die Möglichkeit der Altersbestimmung im Wege einer ärztlichen Untersuchung informiert werden. Diese Information umfasst eine Aufklärung über die

möglichen Folgen des Untersuchungsergebnisses für die Prüfung des Antrags auf internationalen Schutz sowie über die Folgen der Weigerung des unbegleiteten Minderjährigen, sich der ärztlichen Untersuchung zu unterziehen;

Untersuchungsmethode, über die möglichen Folgen des Untersuchungsergebnisses für die Prüfung des Antrags auf internationalen Schutz sowie über die Folgen der Weigerung des unbegleiteten Minderjährigen, sich der ärztlichen Untersuchung zu unterziehen;

Or. de

*Begründung*

*Aus Gründen der Praktikabilität und der Schwierigkeit des Nachweises von Sprachkenntnissen ist die Formulierung der aktuell gültigen Richtlinie zu bevorzugen.*

**Änderungsantrag 202**  
**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 21 – Absatz 6**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**6. Artikel 27 Absätze 6 und 7, Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe c, Artikel 32 und Artikel 37 finden auf unbegleitete Minderjährige keine Anwendung.** **entfällt**

Or. de

*Begründung*

*Die generelle Nichtanwendung des beschleunigten Verfahrens bzw. der Bestimmungen für die Ablehnung von Asylanträgen als offensichtlich unbegründet, der Drittstaatenregelung und besonderer Grenzverfahren auf unbegleitete Minderjährige ist nicht gerechtfertigt. Eine pauschale Privilegierung birgt erhebliches Missbrauchspotential.*

**Änderungsantrag 203**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 22 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Artikel 22a**

***Ingewahrsamnahme von Minderjährigen***

***Die Ingewahrsamnahme von Minderjährigen ist unter allen Umständen streng verboten.***

Or. en

**Änderungsantrag 204**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 23 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

1. Soweit die Mitgliedstaaten in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften die Möglichkeit einer ausdrücklichen Rücknahme des Antrags auf internationalen Schutz vorsehen, stellen sie im Falle der ausdrücklichen Rücknahme des Antrags durch den Antragsteller sicher, dass die Asylbehörde die Entscheidung trifft, entweder die Antragsprüfung einzustellen oder den Antrag abzulehnen.

1. Soweit die Mitgliedstaaten in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften die Möglichkeit einer ausdrücklichen Rücknahme des Antrags auf internationalen Schutz vorsehen, stellen sie im Falle der ausdrücklichen Rücknahme des Antrags durch den Antragsteller sicher, dass die Asylbehörde die Entscheidung trifft, entweder die Antragsprüfung einzustellen oder den Antrag abzulehnen ***und den Antragsteller über die Folgen der Rücknahme aufzuklären.***

Or. en

**Änderungsantrag 205**

**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 24 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

1. Besteht Grund zu der Annahme, dass ein Antragsteller seinen Antrag stillschweigend zurückgenommen hat oder

1. Besteht Grund zu der Annahme, dass ein Antragsteller seinen Antrag stillschweigend zurückgenommen hat oder

das Verfahren nicht weiter betreibt, so stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die Asylbehörde entscheidet, die Antragsprüfung einzustellen.

das Verfahren nicht weiter betreibt, so stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die Asylbehörde entscheidet, die Antragsprüfung einzustellen **oder den Asylantrag aufgrund der Tatsache abzulehnen, dass der Asylbewerber nicht nachgewiesen hat, dass er gemäß der Richtlinie 2004/83/EG Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft hat.**

Or. de

### *Begründung*

*Die Asylbehörde muss die Möglichkeit haben, den Asylantrag abzulehnen. Besteht diese Möglichkeit nicht, können Asylverfahren nicht mehr abgeschlossen werden, da trotz Nichtbetreibens und einem fehlenden Schutzbedürfnis die Asylverfahren unbegrenzt fortgesetzt werden können. Dies ist weder einer effizienten Behördenarbeit noch dem Schutz tatsächlich Verfolgter dienlich. Tatsächlich darf Untertauchen nicht belohnt werden, indem die Behörden das Verfahren nicht ggf. negativ beenden dürfen.*

## **Änderungsantrag 206** **Simon Busuttil, Georgios Papanikolaou**

### **Vorschlag für eine Richtlinie** **Artikel 24 – Absatz 1 – Unterabsatz 1**

#### *Vorschlag der Kommission*

1. Besteht Grund zu der Annahme, dass ein Antragsteller seinen Antrag stillschweigend zurückgenommen hat oder das Verfahren nicht weiter betreibt, so stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die Asylbehörde entscheidet, die Antragsprüfung einzustellen.

#### *Geänderter Text*

1. Besteht Grund zu der Annahme, dass ein Antragsteller seinen Antrag stillschweigend zurückgenommen hat oder das Verfahren nicht weiter betreibt, so stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass die Asylbehörde **entweder** entscheidet, die Antragsprüfung einzustellen **oder den Antrag aufgrund der Tatsache abzulehnen, dass der Antragsteller nicht nachgewiesen hat, dass er gemäß der Richtlinie 2004/83/EG Anspruch auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft hat.**

Or. en



**Änderungsantrag 207**  
**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 24 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

2. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ein Antragsteller, der sich nach Einstellung der Antragsprüfung gemäß Absatz 1 wieder bei der zuständigen Behörde meldet, berechtigt ist, um Wiedereröffnung des Verfahrens zu ersuchen.

*Geänderter Text*

2. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ein Antragsteller, der sich nach Einstellung der Antragsprüfung gemäß Absatz 1 wieder bei der zuständigen Behörde meldet, berechtigt ist, um Wiedereröffnung des Verfahrens zu ersuchen, ***es sei denn, sein Antrag wird gemäß den Artikeln 35 und 36 geprüft.***

***Die Mitgliedstaaten können vorschreiben, dass das Verfahren nach Ablauf einer bestimmten Frist nicht wieder eröffnet werden darf.***

Or. de

*Begründung*

*Zur Verhinderung von Missbrauch müssen Verfahren nach Ablauf einer zu bestimmenden Frist endgültig abgeschlossen werden dürfen. Andernfalls besteht ein Anreiz, das Asylverfahren nicht ernsthaft zu betreiben und zu einer abschließenden Entscheidung über den Antrag zu kommen. Darüber hinaus ist ohne die Möglichkeit zum Abschluss des Verfahrens die sechsmonatige Bearbeitungsfrist für Asylanträge gemäß Artikel 27 Absatz 3 nicht einhaltbar.*

**Änderungsantrag 208**  
**Simon Busuttil, Georgios Papanikolaou**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 24 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

2. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ein Antragsteller, der sich nach Einstellung der Antragsprüfung gemäß Absatz 1

*Geänderter Text*

2. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ein Antragsteller, der sich nach Einstellung der Antragsprüfung gemäß Absatz 1

wieder bei der zuständigen Behörde meldet, berechtigt ist, um Wiedereröffnung des Verfahrens zu ersuchen.

wieder bei der zuständigen Behörde meldet, berechtigt ist, um Wiedereröffnung des Verfahrens zu ersuchen, ***es sei denn, sein Antrag wird gemäß den Artikeln 32 und 34 geprüft.***

Or. en

**Änderungsantrag 209**  
**Nadja Hirsch**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 24 – Absatz 2 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

2. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ein Antragsteller, der sich nach Einstellung der Antragsprüfung gemäß Absatz 1 wieder bei der zuständigen Behörde meldet, berechtigt ist, um Wiedereröffnung des Verfahrens zu ersuchen.

*Geänderter Text*

2. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ein Antragsteller, der sich nach Einstellung der Antragsprüfung gemäß Absatz 1 wieder bei der zuständigen Behörde meldet, berechtigt ist, um Wiedereröffnung des Verfahrens zu ersuchen. ***Innerhalb eines Asylverfahrens kann nur einmal um die Wiedereröffnung des Verfahrens ersucht werden.***

Or. de

**Änderungsantrag 210**  
**Nadja Hirsch**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 24 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Die Mitgliedstaaten können vorschreiben, dass das Verfahren nach Ablauf einer bestimmten Frist nicht wieder eröffnet werden darf. Diese Frist muss mindestens ein Jahr betragen.***

Or. de

**Änderungsantrag 211**

**Simon Busuttil, Georgios Papanikolaou**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 24 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Die Mitgliedstaaten können vorschreiben,  
dass das Verfahren nach Ablauf einer  
bestimmten Frist nicht wieder eröffnet  
werden darf.**

Or. en

**Änderungsantrag 212  
Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 24 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3. Dieser Artikel gilt unbeschadet der  
Verordnung (EG) Nr. .../.... [Dublin-  
Verordnung].**

**entfällt**

Or. en

**Änderungsantrag 213  
Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 25 – Absatz 1 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

a) Zugang zu Personen, die internationalen  
Schutz beantragt haben, auch zu denen, die  
sich in Gewahrsam oder in der Transitzone  
eines Flughafens oder Hafens befinden;

a) **unmittelbaren** Zugang zu Personen, die  
internationalen Schutz beantragt haben,  
auch zu denen, die sich in Gewahrsam oder  
in der Transitzone eines Flughafens oder  
Hafens befinden;

Or. en

**Änderungsantrag 214**

## Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 25 – Absatz 1 – Buchstabe b

#### *Vorschlag der Kommission*

b) Zugang zu Informationen über einzelne Anträge, über den Verlauf des Verfahrens und die erlassenen Entscheidungen, sofern der Antragsteller dem zustimmt;

#### *Geänderter Text*

b) **unmittelbaren und uneingeschränkten** Zugang zu Informationen über einzelne Anträge, über den Verlauf des Verfahrens und die erlassenen Entscheidungen, sofern der Antragsteller dem zustimmt;

Or. en

## Änderungsantrag 215 Ernst Strasser

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 27 – Absatz 3 – Unterabsatz 2

#### *Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten können diese Frist in Einzelfällen, die sich in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht als komplex erweisen, um höchstens sechs weitere Monate verlängern.

#### *Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten können diese Frist in Einzelfällen, die sich in tatsächlicher und rechtlicher Hinsicht als komplex erweisen, um höchstens sechs weitere Monate verlängern, **einschließlich im Fall von Antragstellern mit speziellen Bedürfnissen und im Fall einer Ankunft, bei der eine erhebliche Anzahl von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen einen Antrag auf internationalen Schutz stellen.**

Or. en

## Änderungsantrag 216 Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 27 – Absatz 4 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b

#### *Vorschlag der Kommission*

b) **auf sein Ersuchen hin** über die Gründe für die Verzögerung und den zeitlichen

#### *Geänderter Text*

b) über die Gründe für die Verzögerung und den zeitlichen Rahmen, innerhalb

Rahmen, innerhalb dessen mit einer Entscheidung über seinen Antrag zu rechnen ist, unterrichtet wird.

dessen mit einer Entscheidung über seinen Antrag zu rechnen ist, unterrichtet wird.

Or. en

**Änderungsantrag 217**  
**Ernst Strasser**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 27 – Absatz 5 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

5. Die Mitgliedstaaten können die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz im Einklang mit den Grundsätzen und Garantien nach Kapitel II vorziehen,

5. Die Mitgliedstaaten können die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz im Einklang mit den Grundsätzen und Garantien nach Kapitel II vorziehen **oder beschleunigen**,

Or. en

**Änderungsantrag 218**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 27 – Absatz 5 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

5. Die **Mitgliedstaaten** können die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz im Einklang mit den Grundsätzen und Garantien nach Kapitel II vorziehen,

5. Die **Asylbehörden** können die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz im Einklang mit den Grundsätzen und Garantien nach Kapitel II vorziehen,

Or. en

**Änderungsantrag 219**  
**Anna Maria Corazza Bildt, Mariya Nedelcheva, Simon Busuttil, Véronique Mathieu**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 27 – Absatz 5 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

b) wenn der Antragsteller besondere Bedürfnisse hat,

b) wenn der Antragsteller besondere Bedürfnisse hat, *insbesondere unbegleitete Minderjährige,*

Or. en

**Änderungsantrag 220**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 27 – Absatz 5 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

c) in anderen Fällen mit Ausnahme der in Absatz 6 genannten Anträge.

c) in anderen Fällen, *auch aus Gründen der Umwelt und/oder des Klimas,* mit Ausnahme der in Absatz 6 genannten Anträge.

Or. en

**Änderungsantrag 221**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 27 – Absatz 6**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**6. Die Mitgliedstaaten können festlegen, dass das Prüfungsverfahren im Einklang mit den Grundsätzen und Garantien nach Kapitel II beschleunigt wird, wenn**

**entfällt**

**a) der Antragsteller bei der Einreichung und Begründung seines Antrags nur Tatsachen vorgebracht hat, die für die Prüfung der Frage, ob er als Flüchtling oder Person mit Anspruch auf subsidiären Schutz im Sinne der Richtlinie [...]/EG**

**[Anerkennungsrichtlinie] anzuerkennen ist, nicht von Belang sind, oder or**

**b) der Antragsteller aus einem sicheren Herkunftsstaat im Sinne dieser Richtlinie kommt, oder**

*c) der Antragsteller die Behörden durch falsche Angaben oder Dokumente oder durch Verschweigen wichtiger Informationen oder durch Zurückhalten von Dokumenten über seine Identität und/oder Staatsangehörigkeit, die sich negativ auf die Entscheidung hätten auswirken können, getäuscht hat, oder*

*d) wenn angenommen werden kann, dass er ein Identitäts- oder ein Reisedokument, das die Feststellung seiner Identität oder Staatsangehörigkeit ermöglicht hätte, mutwillig vernichtet oder beseitigt hat, oder*

*e) der Antrag von einem unverheirateten Minderjährigen, auf den Artikel 6 Absatz 7 Buchstabe c Anwendung findet, gestellt wurde, nachdem der Antrag der Eltern oder des für den Minderjährigen verantwortlichen Elternteils abgelehnt wurde und keine relevanten neuen Angaben zu den besonderen Umständen des Minderjährigen oder zur Lage in seinem Herkunftsstaat vorgebracht wurden, oder*

*f) der Antragsteller den Antrag nur zur Verzögerung oder Behinderung der Vollstreckung einer bereits getroffenen oder unmittelbar bevorstehenden Entscheidung stellt, die zu seiner Abschiebung führen würde.*

Or. en

## **Änderungsantrag 222**

**Monika Hohlmeier, Simon Busuttil, Ernst Strasser**

### **Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 27 – Absatz 6 – Buchstabe a a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*aa) der Antragsteller offensichtlich nicht als Flüchtling anzuerkennen ist oder die Voraussetzungen für die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft in einem*

**Mitgliedstaat nach Maßgabe der  
Richtlinie [...]/EG  
[Anerkennungsrichtlinie] offensichtlich  
nicht erfüllt, oder**

Or. de

*Begründung*

*Beibehaltung von Art. 23 Abs. 4 Buchst. b der Richtlinie 2005/85/EG. Die Möglichkeit der Ablehnung im beschleunigten Verfahren ist nicht nur bei missbräuchlicher Antragstellung, sondern in allen Fällen eindeutiger Aussichtslosigkeit gerechtfertigt.*

**Änderungsantrag 223**

**Kyriacos Triantaphyllides, Rui Tavares, Cornelia Ernst, Marie-Christine Vergiat**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 27 – Absatz 6 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**b) der Antragsteller aus einem sicheren  
Herkunftsstaat im Sinne dieser Richtlinie  
kommt, oder**

**entfällt**

Or. en

**Änderungsantrag 224**

**Ernst Strasser**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 27 – Absatz 6 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

b) der Antragsteller aus einem sicheren  
Herkunftsstaat im Sinne dieser Richtlinie  
kommt, oder

b) der Antragsteller aus einem sicheren  
Herkunftsstaat im Sinne dieser Richtlinie  
kommt, oder **aus einem Staat, der kein  
Mitgliedsstaat ist, aber als sicherer  
Drittstaat für den Antragsteller betrachtet  
wird, oder**

Or. en



**Änderungsantrag 225**  
**Monika Hohlmeier, Simon Busuttil, Ernst Strasser**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 27 – Absatz 6 – Buchstabe c a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***ca) der Antragsteller einen weiteren  
Asylantrag mit anderen persönlichen  
Daten und differierendem Inhalt gestellt  
hat, oder***

Or. de

*Begründung*

*Beibehaltung von Art. 23 Abs. 4 Buchst. e der Richtlinie 2005/85/EG. Die Einleitung mehrerer Verfahren und differierendem Inhalt unter verschiedenen Personalien erschüttert die Glaubwürdigkeit von Schutzsuchenden und weckt den Verdacht der betrügerischen Absicht.*

**Änderungsantrag 226**  
**Monika Hohlmeier, Simon Busuttil, Ernst Strasser**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 27 – Absatz 6 – Buchstabe d a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***da) der Antragsteller deutlich  
inkohärente, widersprüchliche,  
unwahrscheinliche, unvollständige oder  
falsche Angaben gemacht hat, die als  
Begründung für seine Behauptung, dass  
er eine verfolgte Person im Sinne der  
Richtlinie [...]/EG  
[Anerkennungsrichtlinie] ist,  
offensichtlich nicht überzeugend sind,  
oder***

Or. de

*Begründung*

*Beibehaltung von Art. 23 Abs. 4 Buchst. g der Richtlinie 2005/85/EG. Die Möglichkeit der*

*Ablehnung im beschleunigten Verfahren ist auch für Fälle vorzusehen, in denen das Vorbringen des Schutzsuchenden offensichtlich unglaubwürdig und unglaubhaft ist.*

**Änderungsantrag 227**

**Monika Hohlmeier, Simon Busuttil, Ernst Strasser**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 27 – Absatz 6 – Buchstabe d b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***db) der Antragsteller einen Folgeantrag gestellt hat, der offensichtlich keine relevanten neuen Elemente in Bezug auf seine besonderen Umstände oder die Lage in seinem Herkunftsstaat enthält, oder***

Or. de

**Änderungsantrag 228**

**Monika Hohlmeier, Simon Busuttil, Ernst Strasser**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 27 – Absatz 6 – Buchstabe d c (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***dc) der Antragsteller es ohne vernünftigen Grund versäumt hat, den Antrag zu einem früheren Zeitpunkt zu stellen, obwohl er Gelegenheit dazu gehabt hätte, oder***

Or. de

**Änderungsantrag 229**

**Sylvie Guillaume**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 27 – Absatz 6 – Buchstabe e**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***e) der Antrag von einem unverheirateten Minderjährigen, auf den Artikel 6 Absatz*** ***entfällt***

**7 Buchstabe c Anwendung findet, gestellt wurde, nachdem der Antrag der Eltern oder des für den Minderjährigen verantwortlichen Elternteils abgelehnt wurde und keine relevanten neuen Angaben zu den besonderen Umständen des Minderjährigen oder zur Lage in seinem Herkunftsstaat vorgebracht wurden, oder**

Or. fr

*Begründung*

*Vgl. die Begründung des Änderungsantrags 9.*

**Änderungsantrag 230  
Monika Hohlmeier, Simon Busuttil, Ernst Strasser**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 27 – Absatz 6 – Buchstabe f a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***fa) der Antragsteller ohne ersichtlichen Grund seinen Verpflichtungen zur Mitwirkung bei der Aufklärung des Sachverhalts und seiner Identität nach Artikel 4 Absätze 1 und 2 der [...]/EG [Anerkennungsrichtlinie] oder nach Artikel 12 Absatz 1 und 2 Buchstaben a bis c und Artikel 24 Absatz 1 der vorliegenden Richtlinie nicht nachgekommen ist, oder***

Or. de

*Begründung*

*Beibehaltung von Art. 23 Abs. 4 Buchst. k der Richtlinie 2005/85/EG. Gravierende Mitwirkungsverstöße müssen sanktioniert werden dürfen. Der Nachweis der mutwilligen Vernichtung oder Beseitigung von Reisedokumenten oder der vorsätzlichen Täuschung durch Verschweigen wichtiger Informationen, gezielter Falschangaben, Vorlegen falscher Dokumente oder Zurückhaltung von Dokumenten (Art. 27 Abs. 6 c und d des Kommissionsvorschlags) kann durch die Ausländerbehörden nur schwer erbracht werden.*

**Änderungsantrag 231**  
**Monika Hohlmeier, Simon Busuttil, Ernst Strasser**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 27 – Absatz 6 – Buchstabe f b (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***fb) der Antragsteller unrechtmäßig in das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats eingereist ist oder seinen Aufenthalt unrechtmäßig verlängert hat und es ohne ersichtlichen Grund versäumt hat, bei den Behörden vorstellig zu werden und/oder zum angesichts der Umstände seiner Einreise frühestmöglichen Zeitpunkt einen Asylantrag zu stellen, oder***

Or. de

**Änderungsantrag 232**  
**Monika Hohlmeier, Simon Busuttil, Ernst Strasser**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 27 – Absatz 6 – Buchstabe f c (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***fc) der Antragsteller aus schwerwiegenden Gründen als eine Gefahr für die nationale Sicherheit des Mitgliedstaats anzusehen ist oder er aus schwerwiegenden Gründen der öffentlichen Sicherheit und öffentlichen Ordnung nach nationalem Recht vollziehbar ausgewiesen ist.***

Or. de

*Begründung*

*Beibehaltung von Art. 23 Abs. 4 Buchst. m der Richtlinie 2005/85/EG. Die Möglichkeit der sofortigen Abschiebung von Sicherheitsgefährdern ist in Zeiten global agierender*

*Terrorismusnetzwerke dringend notwendig.*

**Änderungsantrag 233**  
**Ernst Strasser**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 27 – Absatz 7**

*Vorschlag der Kommission*

7. Die Mitgliedstaaten können unbegründete Anträge im Sinne von Artikel 28, bei denen einer der in Absatz 6 aufgeführten Umstände gegeben ist, nach angemessener **und vollständiger** Prüfung als offensichtlich unbegründet abweisen.

*Geänderter Text*

7. Die Mitgliedstaaten können unbegründete Anträge im Sinne von Artikel 28, bei denen einer der in Absatz 6 aufgeführten Umstände gegeben ist, nach angemessener Prüfung als offensichtlich unbegründet abweisen.

Or. en

**Änderungsantrag 234**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 27 – Absatz 8**

*Vorschlag der Kommission*

**8. Die Mitgliedstaaten legen für den Erlass von Entscheidungen in einem erstinstanzlichen Verfahren gemäß Absatz 6 angemessene Fristen fest.**

*Geänderter Text*

**entfällt**

Or. en

**Änderungsantrag 235**  
**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 27 – Absatz 9**

*Vorschlag der Kommission*

9. Der Umstand, dass ein Antrag auf internationalen Schutz nach einer

*Geänderter Text*

9. Der Umstand, dass ein Antrag auf internationalen Schutz nach einer

irregulären Einreise in das Hoheitsgebiet oder an der Grenze einschließlich in Transitzonen gestellt wurde, sowie das Fehlen von Dokumenten oder die Verwendung falscher oder gefälschter Dokumente hat nicht an sich schon die Einleitung eines beschleunigten Prüfungsverfahrens zur Folge.

irregulären Einreise in das Hoheitsgebiet oder an der Grenze einschließlich in Transitzonen gestellt wurde, sowie das Fehlen von Dokumenten **bei der Einreise** oder die Verwendung falscher oder gefälschter Dokumente hat nicht an sich schon die Einleitung eines beschleunigten Prüfungsverfahrens zur Folge.

Or. de

### *Begründung*

*Asylsuchende können gezwungen sein, den Verfolgerstaat mit falschen oder gefälschten Reisedokumenten zu verlassen. Allerdings müssen sie ihre wahre Identität nach Einreise gegenüber der Asylbehörde offenbaren. Ein individuelles Verfolgungsschicksal kann nur festgestellt werden, wenn Identität und Staatsangehörigkeit des Antragstellers bekannt sind. Der Aufenthalt von Personen, deren Identität wegen verweigerter Mitwirkungsbereitschaft ungeklärt ist, stellt ein großes Sicherheitsrisiko dar.*

### **Änderungsantrag 236**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 29 – Absatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***b) ein Staat, der kein Mitgliedstaat ist, als erster Asylstaat des Antragstellers gemäß Artikel 31 betrachtet wird;***

***entfällt***

Or. en

### **Änderungsantrag 237**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 29 – Absatz 2 – Buchstabe c**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***c) ein Staat, der kein Mitgliedstaat ist, als für den Antragsteller sicherer Drittstaat***

***entfällt***

*gemäß Artikel 32 betrachtet wird;*

Or. en

### **Änderungsantrag 238**

**Ernst Strasser**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 29 – Absatz 2 – Buchstabe d**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

d) der Antragsteller *nach einer rechtskräftigen Entscheidung* einen *identischen Antrag* gestellt hat;

d) Der Antragsteller einen *Folgeantrag gemäß Artikel 2 Buchstabe pa* gestellt hat;

Or. en

### **Änderungsantrag 239**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 30 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**2. Absatz 1 gilt unbeschadet des Artikels 5 der Verordnung (EG) Nr. .../.... [Dublin-Verordnung].**

**entfällt**

Or. en

### **Änderungsantrag 240**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 31 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

Ein Staat kann als erster Asylstaat einer Person, die internationalen Schutz beantragt, angesehen werden, wenn  
a) der Antragsteller in dem betreffenden Staat als Flüchtling anerkannt wurde und er

Ein Staat kann als erster Asylstaat einer Person, die internationalen Schutz beantragt, angesehen werden, wenn  
a) der Antragsteller in dem betreffenden Staat als Flüchtling anerkannt wurde und er

diesen Schutz weiterhin in Anspruch nehmen kann oder  
b) ihm in dem betreffenden Staat anderweitig ausreichender Schutz, einschließlich der Anwendung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung, gewährt wird,  
***vorausgesetzt, dass er von diesem Staat wieder aufgenommen wird.***

diesen Schutz weiterhin in Anspruch nehmen kann oder  
b) ihm in dem betreffenden Staat anderweitig ausreichender Schutz, einschließlich der Anwendung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung, gewährt wird,

Or. en

**Änderungsantrag 241**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 31 – Absatz 1 - Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***b) ihm in dem betreffenden Staat anderweitig ausreichender Schutz, einschließlich der Anwendung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung, gewährt wird,***

***entfällt***

Or. en

**Änderungsantrag 242**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 31 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Bei der Anwendung des Konzepts des ersten Asylstaats auf die besonderen Umstände einer Person, die internationalen Schutz beantragt, können die Mitgliedstaaten Artikel 32 Absatz 1 berücksichtigen.***

***entfällt***

Or. en

**Änderungsantrag 243**



## Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion

### Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 32

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Konzept des sicheren Drittstaats** **entfällt**

**1. Die Mitgliedstaaten können das Konzept des sicheren Drittstaats nur dann anwenden, wenn die zuständigen Behörden sich davon überzeugt haben, dass eine Person, die internationalen Schutz beantragt, in dem betreffenden Drittstaat nach folgenden Grundsätzen behandelt wird:**

**a) keine Gefährdung von Leben und Freiheit aus Gründen der Rasse, der Religion, der Nationalität, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder der politischen Überzeugung,**

**b) keine Gefahr, einen ernsthaften Schaden gemäß [Richtlinie .../EG] [Anerkennungsrichtlinie] zu erleiden,**

**c) Wahrung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung nach der Genfer Flüchtlingskonvention,**

**d) Einhaltung des Verbots der Abschiebung, wenn diese einen Verstoß gegen das im Völkerrecht festgelegte Verbot der Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung darstellt, und**

**e) Möglichkeit, einen Antrag auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft zu stellen und im Falle der Anerkennung als Flüchtling Schutz gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention zu erhalten.**

**2. Die Anwendung des Konzepts des sicheren Drittstaats unterliegt den Regeln, die im einzelstaatlichen Recht festgelegt sind; dazu gehören:**

**a) Regeln, die eine Verbindung zwischen der Person, die internationalen Schutz**

*beantragt und dem betreffenden Drittstaat verlangen, so dass es aufgrund dieser Verbindung vernünftig erscheint, dass diese Person sich in diesen Staat begibt;*

*b) Regeln betreffend die Methodik, mit der sich die zuständigen Behörden davon überzeugen, dass das Konzept des sicheren Drittstaats auf einen bestimmten Staat oder einen bestimmten Antragsteller angewandt werden kann. Diese Methodik umfasst die Prüfung der Sicherheit des Staates im Einzelfall für einen bestimmten Antragsteller und/oder die nationale Bestimmung von Staaten, die als im Allgemeinen sicher angesehen werden;*

*c) mit dem Völkerrecht vereinbare Regeln, die es ermöglichen, in Form einer Einzelprüfung festzustellen, ob der betreffende Drittstaat für einen bestimmten Antragsteller sicher ist, und die dem Antragsteller zumindest die Möglichkeit bieten, die Anwendung des Konzepts des sicheren Drittstaats mit der Begründung anzufechten, dass der betreffende Drittstaat für ihn in seiner besonderen Situation nicht sicher ist. Darüber hinaus hat der Antragsteller die Möglichkeit, das Bestehen einer Verbindung gemäß Buchstabe a zwischen ihm und dem betreffenden Drittstaat anzufechten. Wenn die Mitgliedstaaten eine Entscheidung umsetzen, die ausschließlich auf diesem Artikel beruht,*

*3. Wenn die Mitgliedstaaten eine Entscheidung umsetzen, die ausschließlich auf diesem Artikel beruht,*

*a) unterrichten die betreffenden Mitgliedstaaten den Antragsteller entsprechend und*

*b) händigen ihm ein Dokument aus, in dem die Behörden des Drittstaats in der Sprache dieses Staats davon unterrichtet werden, dass der Antrag nicht in der Sache geprüft wurde.*

**4. Erlaubt der Drittstaat der Person, die internationalen Schutz beantragt, nicht, in sein Hoheitsgebiet einzureisen, so müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass im Einklang mit den Grundsätzen und Garantien nach Kapitel II Zugang zu einem Verfahren gewährt wird.**

**5. Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission regelmäßig darüber, auf welche Staaten dieses Konzept gemäß den Bestimmungen dieses Artikels angewandt wird.**

Or. en

**Änderungsantrag 244  
Nadja Hirsch**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 32 – Absatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**1. Die Mitgliedstaaten können das Konzept des sicheren Drittstaats nur dann anwenden, wenn die zuständigen Behörden sich davon überzeugt haben, dass eine Person, die internationalen Schutz beantragt, in dem betreffenden Drittstaat nach folgenden Grundsätzen behandelt wird:**

**entfällt**

**a) keine Gefährdung von Leben und Freiheit aus Gründen der Rasse, der Religion, der Nationalität, der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder der politischen Überzeugung,**

**b) keine Gefahr, einen ernsthaften Schaden gemäß [Richtlinie ..././EG] [Anerkennungsrichtlinie] zu erleiden,**

**c) Wahrung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung nach der Genfer Flüchtlingskonvention,**

**d) Einhaltung des Verbots der Abschiebung, wenn diese einen Verstoß**

*gegen das im Völkerrecht festgelegte Verbot der Folter und grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung darstellt, und*

*e) Möglichkeit, einen Antrag auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft zu stellen und im Falle der Anerkennung als Flüchtling Schutz gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention zu erhalten.*

Or. de

*Begründung*

*Ziel ist es, ein gemeinsames europäisches Asylsystem einzurichten. Deshalb müssen auch die Definitionen sicherer Drittstaaten einheitlich in allen Mitgliedstaaten festgesetzt werden.*

**Änderungsantrag 245  
Nadja Hirsch**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 32 – Absatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**2. Die Anwendung des Konzepts des sicheren Drittstaats unterliegt den Regeln, die im einzelstaatlichen Recht festgelegt sind; dazu gehören:**

**entfällt**

**a) Regeln, die eine Verbindung zwischen der Person, die internationalen Schutz beantragt und dem betreffenden Drittstaat verlangen, so dass es aufgrund dieser Verbindung vernünftig erscheint, dass diese Person sich in diesen Staat begibt;**

**b) Regeln betreffend die Methodik, mit der sich die zuständigen Behörden davon überzeugen, dass das Konzept des sicheren Drittstaats auf einen bestimmten Staat oder einen bestimmten Antragsteller angewandt werden kann. Diese Methodik umfasst die Prüfung der Sicherheit des Staates im Einzelfall für einen bestimmten Antragsteller und/oder die**

*nationale Bestimmung von Staaten, die als im Allgemeinen sicher angesehen werden;*

*c) mit dem Völkerrecht vereinbare Regeln, die es ermöglichen, in Form einer Einzelprüfung festzustellen, ob der betreffende Drittstaat für einen bestimmten Antragsteller sicher ist, und die dem Antragsteller zumindest die Möglichkeit bieten, die Anwendung des Konzepts des sicheren Drittstaats mit der Begründung anzufechten, dass der betreffende Drittstaat für ihn in seiner besonderen Situation nicht sicher ist. Darüber hinaus hat der Antragsteller die Möglichkeit, das Bestehen einer Verbindung gemäß Buchstabe a zwischen ihm und dem betreffenden Drittstaat anzufechten.*

Or. de

**Änderungsantrag 246**  
**Nadja Hirsch**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 32 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**3. Wenn die Mitgliedstaaten eine Entscheidung umsetzen, die ausschließlich auf diesem Artikel beruht,**

**entfällt**

**a) unterrichten sie den Antragsteller entsprechend und**

**b) händigen ihm ein Dokument aus, in dem die Behörden des Drittstaats in der Sprache dieses Staats davon unterrichtet werden, dass der Antrag nicht in der Sache geprüft wurde.**

Or. de

**Änderungsantrag 247**

**Nadja Hirsch**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 32 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**4. Erlaubt der Drittstaat der Person, die internationalen Schutz beantragt, nicht, in sein Hoheitsgebiet einzureisen, so müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass im Einklang mit den Grundsätzen und Garantien nach Kapitel II Zugang zu einem Verfahren gewährt wird.**

**entfällt**

Or. de

**Änderungsantrag 248  
Nadja Hirsch**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 32 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**5. Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission regelmäßig darüber, auf welche Staaten dieses Konzept gemäß den Bestimmungen dieses Artikels angewandt wird.**

**entfällt**

Or. de

**Änderungsantrag 249  
Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 33**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Nationale Bestimmung von Drittstaaten als sichere Herkunftsstaaten**

**entfällt**

**1. Zum Zwecke der Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz können die Mitgliedstaaten Rechts- oder**

*Verwaltungsvorschriften beibehalten oder erlassen, aufgrund deren sie im Einklang mit Anhang II sichere Herkunftsstaaten bestimmen können..*

*2. Die Mitgliedstaaten gewährleisten eine regelmäßige Überprüfung der Lage in den gemäß diesem Artikel als sicher bezeichneten Herkunftsstaaten.*

*3. Bei der Beurteilung der Frage, ob ein Staat als sicherer Herkunftsstaat gemäß diesem Artikel bestimmt werden kann, werden verschiedene Informationsquellen, insbesondere Informationen anderer Mitgliedstaaten, des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen, des UNHCR, des Europarates und anderer einschlägiger internationaler Organisationen herangezogen.*

*4. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission die Staaten mit, die sie gemäß diesem Artikel als sichere Herkunftsstaaten bestimmt haben.*

Or. en

**Änderungsantrag 250**  
**Nadja Hirsch**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 33**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Nationale Bestimmung von Drittstaaten als sichere Herkunftsstaaten*** ***entfällt***

*1. Zum Zwecke der Prüfung von Anträgen auf internationalen Schutz können die Mitgliedstaaten Rechts- oder Verwaltungsvorschriften beibehalten oder erlassen, aufgrund deren sie im Einklang mit Anhang II sichere Herkunftsstaaten bestimmen können..*

*2. Die Mitgliedstaaten gewährleisten eine regelmäßige Überprüfung der Lage in den*

*gemäß diesem Artikel als sicher bezeichneten Herkunftsstaaten.*

*3. Bei der Beurteilung der Frage, ob ein Staat als sicherer Herkunftsstaat gemäß diesem Artikel bestimmt werden kann, werden verschiedene Informationsquellen, insbesondere Informationen anderer Mitgliedstaaten, des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen, des UNHCR, des Europarates und anderer einschlägiger internationaler Organisationen herangezogen.*

*4. Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission die Staaten mit, die sie gemäß diesem Artikel als sichere Herkunftsstaaten bestimmt haben.*

Or. de

#### *Begründung*

*Ziel ist es, ein gemeinsames europäisches Asylsystem einzurichten. Deshalb müssen auch die Definitionen sicherer Drittstaaten einheitlich in allen Mitgliedstaaten festgesetzt werden.*

#### **Änderungsantrag 251**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 34**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Konzept des sicheren Herkunftsstaats***                      ***entfällt***

***1. Ein Drittstaat, der gemäß dieser Richtlinie als sicherer Herkunftsstaat bestimmt wurde, kann nach individueller Prüfung des Antrags nur dann als für einen bestimmten Antragsteller sicherer Herkunftsstaat betrachtet werden, wenn***

***a) der Antragsteller die Staatsangehörigkeit des betreffenden Staates besitzt oder or***



*b) der Antragsteller staatenlos ist und zuvor seinen gewöhnlichen Aufenthalt in dem betreffenden Staat hatte*

*c) und keine schwerwiegenden Gründe dafür vorgebracht hat, dass der Staat in seinem speziellen Fall im Hinblick auf die Anerkennung als Flüchtling oder als Person mit Anspruch auf subsidiären Schutz im Sinne der Richtlinie [...]/EG [Anerkennungsrichtlinie] nicht als sicherer Herkunftsstaat zu betrachten ist.*

*2. Die Mitgliedstaaten legen in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften weitere Regeln und Modalitäten für die Anwendung des Konzepts des sicheren Herkunftsstaats fest.*

Or. en

**Änderungsantrag 252**  
**Nadja Hirsch**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 34**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**Konzept des sicheren Herkunftsstaats**

**entfällt**

*1. Ein Drittstaat, der gemäß dieser Richtlinie als sicherer Herkunftsstaat bestimmt wurde, kann nach individueller Prüfung des Antrags nur dann als für einen bestimmten Antragsteller sicherer Herkunftsstaat betrachtet werden, wenn*

*a) der Antragsteller die Staatsangehörigkeit des betreffenden Staates besitzt oder*

*b) der Antragsteller staatenlos ist und zuvor seinen gewöhnlichen Aufenthalt in dem betreffenden Staat hatte*

*c) und keine schwerwiegenden Gründe dafür vorgebracht hat, dass der Staat in seinem speziellen Fall im Hinblick auf die Anerkennung als Flüchtling oder als*

***Person mit Anspruch auf subsidiären Schutz im Sinne der Richtlinie [...]/./EG] [Anerkennungsrichtlinie] nicht als sicherer Herkunftsstaat zu betrachten ist.***

***2. Die Mitgliedstaaten legen in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften weitere Regeln und Modalitäten für die Anwendung des Konzepts des sicheren Herkunftsstaats fest.***

Or. de

*Begründung*

*Ziel ist es, ein gemeinsames europäisches Asylsystem einzurichten. Deshalb müssen auch die Definitionen sicherer Drittstaaten einheitlich in allen Mitgliedstaaten festgesetzt werden.*

**Änderungsantrag 253  
Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 35 – Absatz 2 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

2. Für die ***Zwecke der gemäß Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe d zu treffenden*** Entscheidung über die Zulässigkeit eines Antrags auf internationalen Schutz können die Mitgliedstaaten ein besonderes Verfahren gemäß Absatz 3 anwenden, wenn eine Person einen Folgeantrag auf internationalen Schutz stellt,

*Geänderter Text*

2. Für die zu ***treffende*** Entscheidung über die Zulässigkeit eines Antrags auf internationalen Schutz können die Mitgliedstaaten ein besonderes Verfahren gemäß Absatz 3 anwenden, wenn eine Person einen Folgeantrag auf internationalen Schutz stellt,

Or. de

**Änderungsantrag 254  
Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 35 – Absatz 2 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

a) nachdem sie ihren früheren Antrag gemäß Artikel 23 zurückgezogen hat;

a) nachdem sie ihren früheren Antrag gemäß Artikel 23 *oder Artikel 24* zurückgezogen *bzw. das Verfahren nicht weiter betrieben* hat;

Or. de

**Änderungsantrag 255**  
**Simon Busuttil, Georgios Papanikolaou**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 35 – Absatz 2 – Buchstabe a**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

a) nachdem sie ihren früheren Antrag gemäß Artikel 23 zurückgezogen hat;

a) nachdem sie ihren früheren Antrag gemäß Artikel 23 zurückgezogen *bzw. das Verfahren nicht weiter betrieben* hat;

Or. en

**Änderungsantrag 256**  
**Ernst Strasser**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 35 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

*Bei Folgeanträgen können die Mitgliedstaaten von ihren Verpflichtungen gemäß den Artikeln 7, 9, 11 und 18 abweichen, da diese bereits im Rahmen des früheren Verfahrens erfüllt worden sind.*

Or. en

**Änderungsantrag 257**  
**Sophia in 't Veld**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 35 – Absatz 6**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**6. Die Mitgliedstaaten können beschließen, den Antrag nur dann weiter zu prüfen, wenn der betreffende Antragsteller ohne eigenes Verschulden nicht in der Lage war, die in den Absätzen 3, 4 und 5 dargelegten Sachverhalte im früheren Verfahren insbesondere durch Wahrnehmung seines Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf gemäß Artikel 41 vorzubringen.**

*entfällt*

Or. en

**Änderungsantrag 258  
Ernst Strasser**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 35 – Absatz 8 – Unterabsatz 1 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

8. Wenn die betreffende Person ***nach einer rechtskräftigen Entscheidung, einen Folgeantrag gemäß Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe d als unzulässig zu betrachten, oder nach einer rechtskräftigen Entscheidung, einen Folgeantrag als unbegründet abzulehnen***, vor Vollstreckung der Rückkehrentscheidung in demselben Mitgliedstaat einen neuen Antrag auf internationalen Schutz stellt, bieten sich diesem Mitgliedstaat folgende Möglichkeiten:

8. Wenn die betreffende Person vor Vollstreckung der Rückkehrentscheidung in demselben Mitgliedstaat einen neuen Antrag auf internationalen Schutz stellt, bieten sich diesem Mitgliedstaat folgende Möglichkeiten:

Or. en

**Änderungsantrag 259  
Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 35 – Absatz 8 – Unterabsatz 1 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

8. Wenn die betreffende Person ***nach einer rechtskräftigen Entscheidung, einen***

8. Wenn die betreffende Person, ***nachdem das Verfahren über den ersten Antrag***

**Folgeantrag gemäß Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe d als unzulässig zu betrachten, oder nach einer rechtskräftigen Entscheidung, einen Folgeantrag als unbegründet abzulehnen,** vor Vollstreckung der Rückkehrentscheidung in demselben Mitgliedstaat einen neuen Antrag auf internationalen Schutz stellt, bieten sich diesem Mitgliedstaat folgende Möglichkeiten:

**nach Absatz 2 beendet wurde,** vor Vollstreckung der Rückkehrentscheidung in demselben Mitgliedstaat einen neuen Antrag auf internationalen Schutz stellt, **der nicht zu einer weiteren Prüfung nach diesem Artikel führt,** bieten sich diesem Mitgliedstaat folgende Möglichkeiten:

Or. de

#### *Begründung*

*Im Sinne der angestrebten Verfahrenseffizienz und zur Vermeidung der Verschleppung von Verfahren sollte ein beschleunigtes Verfahren nicht nach dem dritten unzulässigen Antrag sondern nach dem zweiten unzulässigen Antrag möglich sein.*

#### **Änderungsantrag 260 Monika Hohlmeier**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie Artikel 35 – Absatz 8 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b**

##### *Vorschlag der Kommission*

b) er kann eine Überprüfung des Antrags auf seine Zulässigkeit gemäß diesem **Artikel und gemäß Artikel 29** vorsehen; und/oder

##### *Geänderter Text*

b) er kann eine Überprüfung des Antrags auf seine Zulässigkeit gemäß diesem Artikel vorsehen; und/oder

Or. de

#### *Begründung*

*Die Zulässigkeitsprüfung im Folgeantragsverfahren darf nicht eingeschränkt werden. Andernfalls sind ungerechtfertigte Verfahrensverzögerungen, Kostensteigerungen und Aufenthaltsverlängerungen unvermeidbar.*

#### **Änderungsantrag 261 Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 35 – Absatz 9**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**9. Wenn eine Person, gegen die ein Überstellungsbeschluss gemäß Verordnung (EG) [...] [Dublin-Verordnung] zu vollstrecken ist, in dem überstellenden Mitgliedstaat weitere Angaben vorbringt oder einen Folgeantrag stellt, prüft der gemäß der Verordnung (EG) [...] [Dublin-Verordnung] zuständige Mitgliedstaat die weiteren Angaben oder Folgeanträge im Einklang mit dieser Richtlinie.**

**entfällt**

Or. en

**Änderungsantrag 262  
Monika Hohlmeier, Simon Busuttil**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 36 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe a a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**aa) eine angemessene Frist festsetzen, innerhalb derer der betreffende Antragsteller die neuen Informationen nach deren Kenntniserlangung vorzulegen hat;**

Or. de

*Begründung*

*Antragsstellern sollten weiterhin verpflichtet sein, innerhalb einer angemessenen Frist, die ihnen neu vorliegenden Informationen vorzulegen. Verzögert der Antragsteller die Vorbringung dieser neuen Informationen erschüttert dies seine Glaubwürdigkeit und weckt den Verdacht auf Verfahrensverzögerung.*

**Änderungsantrag 263**

**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 36 – Absatz 2 – Unterabsatz 1 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

b) die erste Prüfung allein auf der Grundlage schriftlicher Angaben ohne persönliche Anhörung gestatten, **ausgenommen die Fälle nach Artikel 35 Absatz 7.**

*Geänderter Text*

b) die erste Prüfung allein auf der Grundlage schriftlicher Angaben ohne persönliche Anhörung gestatten.

Or. de

**Änderungsantrag 264**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 37 – Absatz 1 – Einleitung**

*Vorschlag der Kommission*

1. Die Mitgliedstaaten können nach Maßgabe der Grundsätze und Garantien nach Kapitel II Verfahren festlegen, **um** an der Grenze oder in Transitzonen des Mitgliedstaats über Folgendes **zu** entscheiden:

*Geänderter Text*

1. Die Mitgliedstaaten können nach Maßgabe der Grundsätze und Garantien nach Kapitel II Verfahren festlegen, **damit die Asylbehörden** an der Grenze oder in Transitzonen des Mitgliedstaats über Folgendes entscheiden:

Or. en

**Änderungsantrag 265**

**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 37 – Absatz 1 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

b) die Begründetheit eines Antrags **in einem beschleunigten Verfahren nach Artikel 27 Absatz 6.**

*Geänderter Text*

b) die Begründetheit eines Antrags.

Or. de

## *Begründung*

*Die Begründetheit eines Antrags im Grenzverfahren kann sich nicht auf die Voraussetzungen für beschleunigtes Verfahren gemäß Artikel 27 Absatz 6 beschränken, da Grenzverfahren dem Zweck nach andere Aufgaben erfüllen.*

### **Änderungsantrag 266**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

##### **Artikel 37 – Absatz 2**

###### *Vorschlag der Kommission*

2. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass eine Entscheidung im Rahmen der Verfahren nach Absatz 1 innerhalb einer angemessenen Frist ergeht. Ist innerhalb von vier Wochen keine Entscheidung ergangen, so wird dem Antragsteller die Einreise in das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats gestattet, damit sein Antrag nach Maßgabe der anderen Bestimmungen dieser Richtlinie bearbeitet werden kann.

###### *Geänderter Text*

2. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass eine Entscheidung im Rahmen der Verfahren nach Absatz 1 innerhalb einer angemessenen Frist ergeht ***und zwar solange diese Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen normalerweise in der Nähe der Grenze oder in Transitzonen untergebracht werden.*** Ist innerhalb von vier Wochen keine Entscheidung ergangen, so wird dem Antragsteller die Einreise in das Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats gestattet, damit sein Antrag nach Maßgabe der anderen Bestimmungen dieser Richtlinie bearbeitet werden kann.

Or. en

### **Änderungsantrag 267**

**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

#### **Vorschlag für eine Richtlinie**

##### **Artikel 38**

###### *Vorschlag der Kommission*

***Europäisches Konzept der sicheren Drittstaaten***

***1. Die Mitgliedstaaten können vorsehen, dass keine oder keine umfassende Prüfung des Antrags auf internationalen***

###### *Geänderter Text*

***entfällt***



***Schutz und der Sicherheit des Antragstellers in seiner spezifischen Situation nach Kapitel II erfolgt, wenn eine zuständige Behörde anhand von Tatsachen festgestellt hat, dass der Antragsteller aus einem sicheren Drittstaat nach Absatz 2 unrechtmäßig in das Hoheitsgebiet des betreffenden Mitgliedstaats einzureisen versucht hat oder eingereist ist.***

***2. Ein Drittstaat kann nur dann als sicherer Drittstaat für die Zwecke des Absatzes 1 betrachtet werden, wenn er***

***a) die Genfer Flüchtlingskonvention ohne geografischen Vorbehalt ratifiziert hat und deren Bestimmungen einhält,***

***b) über ein gesetzlich festgelegtes Asylverfahren verfügt und***

***c) die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten ratifiziert hat und die darin enthaltenen Bestimmungen, einschließlich der Normen über wirksame Rechtsbehelfe, einhält.***

***3. Die betreffenden Mitgliedstaaten legen im einzelstaatlichen Recht die Einzelheiten zur Durchführung des Absatzes 1 und die Folgen von Entscheidungen gemäß diesen Bestimmungen im Einklang mit dem Grundsatz der Nichtzurückweisung fest; sie sehen unter anderem Ausnahmen von der Anwendung dieses Artikels aus humanitären oder politischen Gründen oder aufgrund des Völkerrechts vor.***

***4. Bei der Durchführung einer ausschließlich auf diesen Artikel gestützten Entscheidung***

***a) unterrichten die betreffenden Mitgliedstaaten den Antragsteller entsprechend und und***

***b) händigen ihm ein Dokument aus, in dem die Behörden des Drittstaats in der Sprache dieses Staats davon unterrichtet***

*werden, dass der Antrag nicht in der Sache geprüft wurde.*

**5. Ist der sichere Drittstaat nicht bereit, den Antragsteller wieder aufzunehmen, so stellen die Mitgliedstaaten sicher, dass gemäß den Grundsätzen und Garantien nach Kapitel II Zugang zu einem Verfahren gewährt wird.**

Or. en

**Änderungsantrag 268  
Nadja Hirsch**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 38 – Absatz 2 – Buchstabe c a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***ca) als solcher vom Rat nach Absatz 3 bestimmt worden ist.***

Or. de

*Begründung*

*Ziel ist es, ein gemeinsames europäisches Asylsystem einzurichten. Deshalb müssen auch die Definitionen sicherer Drittstaaten einheitlich in allen Mitgliedstaaten festgesetzt werden.*

**Änderungsantrag 269  
Nadja Hirsch**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 38 – Absatz 2 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***2a. Der Rat nimmt mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des Europäischen Parlaments eine gemeinsame Liste von Drittstaaten an, die als sichere Drittstaaten für die Zwecke des Absatzes 1 betrachtet werden, oder ändert diese Liste***

*entsprechend.*

Or. de

*Begründung*

*Ziel ist es, ein gemeinsames europäisches Asylsystem einzurichten. Deshalb müssen auch die Definitionen sicherer Drittstaaten einheitlich in allen Mitgliedstaaten festgesetzt werden.*

**Änderungsantrag 270**  
**Nadja Hirsch**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 38 – Absatz 5 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***5a. Die Mitgliedstaaten, die gemäß den am 1. Dezember 2005 geltenden nationalen Rechtsvorschriften und anhand der Kriterien nach Absatz 2 Buchstaben a, b und c Drittstaaten als sichere Staaten bestimmt haben, können Absatz 1 auf diese Staaten anwenden, bis der Rat die gemeinsame Liste nach Absatz 3 angenommen hat.***

Or. de

*Begründung*

*Ziel ist es, ein gemeinsames europäisches Asylsystem einzurichten. Deshalb müssen auch die Definitionen sicherer Drittstaaten einheitlich in allen Mitgliedstaaten festgesetzt werden.*

**Änderungsantrag 271**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 40 – Absatz 1 – Unterabsatz 2 – Buchstabe b**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

b) wenn die Informationen für die Zwecke

b) wenn die Informationen für die Zwecke

der Überprüfung des internationalen Schutzstatus im Einzelfall eingeholt werden, diese nicht von den Urhebern der Verfolgung oder des ernsthaften Schadens in einer Weise beschafft werden, dass Letztere unmittelbar darüber unterrichtet werden, dass es sich bei der betreffenden Person um eine Person mit internationalem Schutzstatus handelt, deren Status überprüft wird; ferner ist auszuschließen, dass die körperliche Unversehrtheit der Person und der von ihr abhängigen Personen oder die Freiheit und Sicherheit ihrer noch im Herkunftsstaat lebenden Familienangehörigen gefährdet werden.

der Überprüfung des internationalen Schutzstatus im Einzelfall eingeholt werden, diese nicht von den Urhebern der Verfolgung oder des ernsthaften Schadens in einer Weise beschafft werden, dass Letztere unmittelbar **oder mittelbar** darüber unterrichtet werden, dass es sich bei der betreffenden Person um eine Person mit internationalem Schutzstatus handelt, deren Status überprüft wird; ferner ist auszuschließen, dass die körperliche Unversehrtheit der Person und der von ihr abhängigen Personen oder die Freiheit und Sicherheit ihrer noch im Herkunftsstaat lebenden Familienangehörigen gefährdet werden.

Or. en

**Änderungsantrag 272**  
**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 40 – Absatz 4**

*Vorschlag der Kommission*

4. Abweichend von den Absätzen 1, 2 und 3 können die Mitgliedstaaten beschließen, dass der **internationale Schutzstatus** im Falle eines eindeutigen Verzichts **der Person mit internationalem Schutzstatus** auf **ihre** Anerkennung als **Person mit internationalem Schutzstatus** von Rechts wegen erlischt.

*Geänderter Text*

4. Abweichend von den Absätzen 1, 2 und 3 **des vorliegenden Artikels** können die Mitgliedstaaten beschließen, dass **die Flüchtlingseigenschaft im Falle eines Ausschlusses nach Maßgabe des Artikels 11 Absatz 1 Buchstaben a bis d der Richtlinie [...]/EG** (**Anerkennungsrichtlinie**) **oder** im Falle eines eindeutigen Verzichts **des Flüchtlings** auf **seine** Anerkennung als **Flüchtling** von Rechts wegen erlischt.

Or. de

**Änderungsantrag 273**  
**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 41 – Absatz 1 – Buchstabe b a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**ba) eine Entscheidung, den Folgeantrag gemäß den Artikeln 35 und 36 nicht weiter zu prüfen;**

Or. de

**Änderungsantrag 274**  
**Ernst Strasser**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 41 – Absatz 3**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

3. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der wirksame Rechtsbehelf nach Absatz 1 eine umfassende Prüfung ***vorsieht, die sich sowohl auf Tatsachen als auch auf Rechtsfragen erstreckt und bei der das Bedürfnis nach internationalem Schutz gemäß der Richtlinie [...]/./EG] [Anerkennungsrichtlinie]*** zumindest in Rechtsbehelfsverfahren vor erstinstanzlichen Gerichten ***ex nunc beurteilt wird.***

3. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass der wirksame Rechtsbehelf nach Absatz 1 eine umfassende Prüfung zumindest in Rechtsbehelfsverfahren vor erstinstanzlichen Gerichten ***vorsieht.***

Or. en

**Änderungsantrag 275**  
**Ernst Strasser**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 41 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

5. Unbeschadet Absatz 6 hat der Rechtsbehelf nach Absatz 1 zur Folge, dass Antragsteller bis zur Entscheidung über den Rechtsbehelf im betreffenden Mitgliedstaat verbleiben dürfen.

5. Unbeschadet Absatz 6 ***und 7*** hat der Rechtsbehelf nach Absatz 1 zur Folge, dass Antragsteller bis zur Entscheidung über den Rechtsbehelf im betreffenden Mitgliedstaat verbleiben dürfen.

Or. en

**Änderungsantrag 276**  
**Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 41 – Absatz 5**

*Vorschlag der Kommission*

5. Unbeschadet Absatz 6 **hat** der Rechtsbehelf nach Absatz 1 zur Folge, dass Antragsteller bis zur Entscheidung über den Rechtsbehelf im betreffenden Mitgliedstaat verbleiben dürfen.

*Geänderter Text*

5. Unbeschadet Absatz 6 **sehen die Mitgliedstaaten vor, dass** der Rechtsbehelf nach Absatz 1 zur Folge **hat**, dass Antragsteller bis zur Entscheidung über den Rechtsbehelf im betreffenden Mitgliedstaat verbleiben dürfen.

Or. de

**Änderungsantrag 277**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 41 – Absatz 6 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

**6. Im Falle einer im beschleunigten Verfahren nach Artikel 27 Absatz 6 ergangenen Entscheidung und im Falle einer Entscheidung, einen Antrag gemäß Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe d als unzulässig zu betrachten, ist das Gericht, wenn das Recht auf Verbleib in dem betreffenden Mitgliedstaat bis zur Entscheidung über den Rechtsbehelf in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften nicht vorgesehen ist, befugt, entweder auf Antrag des Antragstellers oder von Amts wegen darüber zu entscheiden, ob der Antragsteller im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats verbleiben darf.**

*Geänderter Text*

**entfällt**

Or. en

**Änderungsantrag 278**

Ernst Strasser

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 41 – Absatz 6 – Unterabsatz 1**

*Vorschlag der Kommission*

6. Im Falle einer im beschleunigten Verfahren nach Artikel 27 Absatz 6 ergangenen Entscheidung **und im Falle einer Entscheidung, einen Antrag gemäß Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe d als unzulässig zu betrachten**, ist das Gericht, wenn das Recht auf Verbleib in dem betreffenden Mitgliedstaat bis zur Entscheidung über den Rechtsbehelf in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften nicht vorgesehen ist, befugt, entweder auf Antrag des Antragstellers oder von Amts wegen darüber zu entscheiden, ob der Antragsteller im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats verbleiben darf.

*Geänderter Text*

6. Im Falle einer im beschleunigten Verfahren nach Artikel 27 Absatz 6 ergangenen Entscheidung ist das Gericht, wenn das Recht auf Verbleib in dem betreffenden Mitgliedstaat bis zur Entscheidung über den Rechtsbehelf in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften nicht vorgesehen ist, befugt, entweder auf Antrag des Antragstellers oder von Amts wegen darüber zu entscheiden, ob der Antragsteller im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats verbleiben darf.

Or. en

**Änderungsantrag 279  
Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 41 – Absatz 6**

*Vorschlag der Kommission*

6. Im **Falle einer im beschleunigten Verfahren nach Artikel 27 Absatz 6 ergangenen Entscheidung und im Falle einer Entscheidung, einen Antrag gemäß Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe d als unzulässig zu betrachten, ist das Gericht, wenn das Recht auf Verbleib in dem betreffenden Mitgliedstaat bis zur Entscheidung über den Rechtsbehelf in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften nicht vorgesehen ist, befugt, entweder auf Antrag des Antragstellers oder von Amts wegen darüber zu entscheiden, ob der Antragsteller im Hoheitsgebiet des**

*Geänderter Text*

6. Im Falle einer Entscheidung

***Mitgliedstaats verbleiben darf.***

- a) im beschleunigten Verfahren nach Artikel 27 Absatz 6***
- b) einen Antrag gemäß Artikel 27 Absatz 7 als offensichtlich unbegründet zu betrachten,***
- c) einen Antrag gemäß Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe a) oder d) als unzulässig zu betrachten,***
- d) den Folgeantrag gemäß den Artikeln 35 und 36 nicht weiter nach Kapitel II dieser Richtlinie zu prüfen,***
- e) die Wiederaufnahme der Prüfung eines Antrags nach der Einstellung gemäß den Artikeln 23 und 24 abzulehnen,***
- f) im Verfahren nach Artikel 37,***
- g) keine Prüfung nach Artikel 38 vorzunehmen***

***Dieser Absatz gilt nicht für die Verfahren nach Artikel 37.***

***ist das Gericht, wenn das Recht auf Verbleib in dem betreffenden Mitgliedstaat bis zur Entscheidung über den Rechtsbehelf in den einzelstaatlichen Rechtsvorschriften nicht vorgesehen ist, befugt, entweder auf Antrag des Antragstellers oder - wenn in einzelstaatlichen Rechtsvorschriften vorgesehen – von Amts wegen darüber zu entscheiden, ob der Antragsteller im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats verbleiben darf.***

Or. de

#### ***Begründung***

***Ein grundsätzlicher Suspensiveffekt wird der Sachlage im Einzelfall nicht gerecht. Den zuständigen Gerichten muss einen Tatbestandskatalog für eine differenzierte Beurteilung des Einzelfalls an die Hand gegeben werden. Die Gerichte sollten dem Einzelfall entsprechend über den Suspensiveffekt entscheiden können.***

#### **Änderungsantrag 280**



Ernst Strasser

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 41 – Absatz 6 a (neu)**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

**6a. Im Falle eines unzulässigen Antrags gemäß Artikel 29 Absatz 2 Buchstabe d und wenn eine gültige Ausweisungsverfügung in Kraft ist, dürfen die Mitgliedstaaten dem Antragsteller nicht erlauben, bis zur Entscheidung über den Rechtsbehelf in ihren Hoheitsgebiet zu verbleiben.**

Or. en

**Änderungsantrag 281  
Monika Hohlmeier**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 41 – Absatz 7**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

7. Die Mitgliedstaaten gestatten dem Antragsteller, bis zur Entscheidung in dem Verfahren nach Absatz 6 im Hoheitsgebiet zu verbleiben.

7. Die Mitgliedstaaten gestatten dem Antragsteller, bis zur Entscheidung in dem Verfahren nach Absatz 6 im Hoheitsgebiet zu verbleiben; **eine Ausnahme kann gelten für Folgeanträge, die nicht zu einer weiteren Prüfung nach den Artikeln 35 und 36 führen, wenn eine Rückkehrentscheidung nach Art. 3 Nr. 4 der Richtlinie 2008/11/EG vorliegt, und für Entscheidungen im Verfahren nach Artikel 38, wenn dies in einzelstaatlichen Vorschriften vorgesehen ist.**

Or. de

**Änderungsantrag 282  
Monika Hohlmeier, Simon Busuttil**

**Vorschlag für eine Richtlinie  
Artikel 41 – Absatz 9**

*Vorschlag der Kommission*

9. Die Mitgliedstaaten **legen** für das Gericht nach Absatz 1 Fristen für die Prüfung der Entscheidung der Asylbehörde **fest**.

*Geänderter Text*

9. Die Mitgliedstaaten **können** für das Gericht nach Absatz 1 Fristen für die Prüfung der Entscheidung der Asylbehörde **vorsehen**.

Or. de

*Begründung*

*Die Unabhängigkeit der Gerichte verbietet es, eine verbindliche Frist für die Entscheidung der Gerichte festzulegen.*

**Änderungsantrag 283**

**Monika Hohlmeier, Simon Busuttil**

**Vorschlag für eine Richtlinie**

**Artikel 45**

*Vorschlag der Kommission*

Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament und dem Rat bis zum [...] Bericht über die Anwendung dieser Richtlinie in den Mitgliedstaaten und schlägt gegebenenfalls die notwendigen Änderungen vor. Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission alle für die Erstellung dieses Berichts erforderlichen Informationen. Nach Vorlage dieses Berichts erstattet die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat mindestens alle **fünf** Jahre Bericht über die Anwendung dieser Richtlinie in den Mitgliedstaaten.

*Geänderter Text*

Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament und dem Rat bis zum [...] Bericht über die Anwendung dieser Richtlinie in den Mitgliedstaaten und schlägt gegebenenfalls die notwendigen Änderungen vor. Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission alle für die Erstellung dieses Berichts erforderlichen Informationen. Nach Vorlage dieses Berichts erstattet die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat mindestens alle **zwei** Jahre Bericht über die Anwendung dieser Richtlinie in den Mitgliedstaaten.

Or. de

*Begründung*

*Aus Gründen der Transparenz sollte die Kommission dem Parlament und dem Rat alle zwei Jahre Bericht erstatten.*

**Änderungsantrag 284**  
**Georgios Papanikolaou, Simon Busuttil**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 45**

*Vorschlag der Kommission*

Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament und dem Rat bis zum [...] Bericht über die Anwendung dieser Richtlinie in den Mitgliedstaaten und schlägt gegebenenfalls die notwendigen Änderungen vor. Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission alle für die Erstellung dieses Berichts erforderlichen Informationen. Nach Vorlage dieses Berichts erstattet die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat mindestens alle fünf Jahre Bericht über die Anwendung dieser Richtlinie in den Mitgliedstaaten.

*Geänderter Text*

Die Kommission erstattet dem Europäischen Parlament und dem Rat bis zum [...] Bericht über die Anwendung **und die Kosten** dieser Richtlinie in den Mitgliedstaaten und schlägt gegebenenfalls die notwendigen Änderungen vor. Die Mitgliedstaaten übermitteln der Kommission alle für die Erstellung dieses Berichts erforderlichen Informationen **und Finanzdaten**. Nach Vorlage dieses Berichts erstattet die Kommission dem Europäischen Parlament und dem Rat mindestens alle fünf Jahre Bericht über die Anwendung dieser Richtlinie in den Mitgliedstaaten.

Or. en

**Änderungsantrag 285**  
**Nadja Hirsch**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Artikel 46 – Unterabsatz 2**

*Vorschlag der Kommission*

Die Mitgliedstaaten setzen die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft, um Artikel 27 Absatz 3 bis [innerhalb von **drei** Jahren ab dem Datum der Umsetzung] nachzukommen. Sie teilen der Kommission unverzüglich den Wortlaut dieser Vorschriften mit und fügen eine Tabelle mit den Entsprechungen zwischen der Richtlinie und diesen einzelstaatlichen Vorschriften bei.

*Geänderter Text*

Die Mitgliedstaaten setzen die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften in Kraft, um Artikel 27 Absatz 3 bis [innerhalb von **zwei** Jahren ab dem Datum der Umsetzung] nachzukommen. Sie teilen der Kommission unverzüglich den Wortlaut dieser Vorschriften mit und fügen eine Tabelle mit den Entsprechungen zwischen der Richtlinie und diesen einzelstaatlichen Vorschriften bei.

**Änderungsantrag 286**  
**Hélène Flautre im Namen der Verts/ALE-Fraktion**

**Vorschlag für eine Richtlinie**  
**Anhang II**

*Vorschlag der Kommission*

*Geänderter Text*

***Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten  
im Sinne des Artikels 33 Absatz 1*** **entfällt**

***Ein Staat gilt als sicherer Herkunftsstaat,  
wenn sich anhand der dortigen  
Rechtslage, der Anwendung der  
Rechtsvorschriften in einem  
demokratischen System und der  
allgemeinen politischen Lage nachweisen  
lässt, dass dort generell und durchgängig  
weder eine Verfolgung im Sinne des  
Artikels 9 der Richtlinie [...]/EG  
[Anerkennungsrichtlinie] noch Folter  
oder unmenschliche oder erniedrigende  
Behandlung oder Strafe noch Bedrohung  
infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen  
eines internationalen oder  
einzelstaatlichen bewaffneten Konflikts zu  
befürchten sind.***

***Bei der entsprechenden Beurteilung wird  
unter anderem berücksichtigt, inwieweit  
Schutz vor Verfolgung und Misshandlung  
geboten wird durch***

***a) die einschlägigen Rechts- und  
Verwaltungsvorschriften des Staates und  
die Art und Weise ihrer Anwendung;***

***b) die Wahrung der Rechte und  
Freiheiten nach der Europäischen  
Konvention zum Schutze der  
Menschenrechte und Grundfreiheiten  
und/oder dem Internationalen Pakt über  
bürgerliche und politische Rechte  
und/oder dem Übereinkommen gegen  
Folter, insbesondere der Rechte, von  
denen gemäß Artikel 15 Absatz 2 der  
genannten Europäischen Konvention***

*keine Abweichung zulässig ist;*

*c) die Einhaltung des Grundsatzes der Nichtzurückweisung nach der Genfer Flüchtlingskonvention;*

*d) das Bestehen einer Regelung, die einen wirksamen Rechtsbehelf bei Verletzung dieser Rechte und Freiheiten gewährleistet.*

Or. en